auditorium 49

Oktober 1967

C 20825 F

BILDZEITUNG • UNABHÄNGIG • KRITISCH • ÖFFENTLICHE MEINUNG • STUDENTEN SIND REVOLUTIONÄRE • ETABLIERTE WOHLSTANDSGESELLSCHAFT •

Bild 10 Pf

MEHR ALS 600.000

GESAMTAUFLAGE ÜBER 4 MILLIONEN

ZEITUNG

UNABHÄNGIG - ÜBERPARTEILICH

ZEITUNG

UNABHÄNGIG - ÜBERPARTEILICH

auditorium

hamburger studentenzeitschrift

in diesem Heft

Impressum: Ausgabe Oktober 1967 / Verlagsort Hamburg.
Verantwortlich: Holger-Jens Riemer.
Allgemeines: Christine Radbruch.
Kulturelles: Inga Strutz.
Gestaltung: Holger Rust.
Mitarbeiter dieses Heftes: Karin Huffzky (Berlin), Jens G. Litten, Reinhold Oberlercher, Sven G. Papcke, Peter Schütt.
Herausgeber: AStA der Universität Hamburg, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 7, Tel. 4 10 30 64.
Verkaufspreis: –,30 DM.
An Studenten der Universität Hamburg: kostenlos. auditorium erscheint sechsmal im Jahr, dreimal im Winter- und dreimal im Sommersemester / Zur Zeit gilt Anzeigentarif Nr. 7 / Bankverbindung: Dresdner Bank, Harvestehude 460 20.
Druck: A. Packwitz Nachf. Karl Krause, Stade/Elbe, Poststraße 11–15
Auflage dieser Ausgabe: 10 000.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher übernehmen wir keine Gewähr. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.

Einer Teilauflage dieses Heftes liegen Prospekte des Lehrmittel-Depots und der Burschenschaft Alemannia-Redaria bei. Wir bitten um Beachtung.

Leserbriefe

kreuz oder quer

. . .: Die echten Interessen der Studenten werden zugunsten ideologischer Eigeninteressen vernachlässigt. Daran ist besonders ärgerlich, daß die Kommilitonen, die Positionen im AStA oder in der Redaktion des auditorium besetzen, das öffentliche Bild des Studenten in starkem Maße bestimmen; zugestanden sei, daß sie es mit dem Recht des Aktiveren tun.

. . . Es ist zwischen drei Verhaltensweisen zu unterscheiden; ideologisch, politisch und studentisch orientiertes Verhalten. Ideologische Bestrebungen liegen vor, wenn ein gläubiges Systemdenken den „Klassenkampf" an der Universität nach dem Muster Ausbeuter – Ausgebeuteter fordert. Es ist gleichgültig, ob die Studentenvertreter links, rechts, kreuz oder quer stehen. Die Sicherheit dieser extrem eingestellten Kommilitonen in politischen Fragen ist vielleicht sogar beneidenswert.

Ich lehne es ab, daß durch ungeschickte Angriffe und Polemik am falschen Ort künstliche Sperren zwischen Professoren und Studenten aufgebaut werden. Durch die tatsächlichen Verhältnisse wie z. B. Prüfungsordnungen sind genügend Sperren und Zielpunkte für Polemik vorhanden.

Christian Schröder, stud. phil.

konstruktiv

. . . Dann brauchen wir uns auch nicht mehr zu wundern, wenn unsere Vertreter in den Fachschaften und im AStA so beschäftigt sind und eigentlich nichts (außer gelegentlichen Gnadenerweisen) erreichen. Was diese „studentischen Angelegenheiten" nun eigentlich sind, definiert doch immer nur die Verwaltung. Und die Studentenvertreter dürfen dann – wenn überhaupt – ihre „konstruktive" Kritik an den sogenannten Realitäten bei unverbindlichen Gesprächen vortragen, was natürlich völlig wirkungslos bleiben muß, solange die Studenten nicht selbst die Macht ergreifen.

Heiner Schatt, stud. med.

Hints for discussions

Die Literaturzeitschrift „alternative" widmet ihre jüngste Ausgabe (Heft 55) dem Germanistenstreit. Sie enthält Beiträge wie: „Deutsch ist die erste Fremdsprache" (M. Berg); „Analyse der Widerstände gegen einen politischen Begriff von Wissenschaft" (K. Hartung).

*

Die „alternative" gibt ebenfalls eine Übersicht zum Stand der Diskussion um den Strukturalismus. Heft 54.

*

Der seit langem schwelende Streit um die Theorie der Sozialwissenschaften ist noch einmal kurz zusammengefaßt von M. von Brentano dargestellt worden. Titel: „Die unbescheidene Philosophie", in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, 43 (Doppelheft), 9. Jg., Juli 1967.

*

Die Berliner Universitätstage 1967, die dem Problem der Universität in der Demokratie gewidmet waren, sind als Aufsatzsammlung im Walter de Gruyter Verlag Berlin erschienen. Mit Beiträgen u. a. von E. Fraenkel, U. Kadritzke, D. Claessens, J. Habermas, L. v. Friedeburg.

*

Der Bergedorfer Gesprächskreis hat sein letztes Protokoll vorgelegt. Sein Thema: „Neue Wege zur Hochschulreform: Differenzierte Gesamthochschule – autonome Universität." Referent war Prof. Ralf Dahrendorf. Dieser interessante Beitrag zur Diskussion um die Hochschulreform ist erschienen im R. v. Decker's Verlag, G. Schenck, Hamburg.

*

Der Voltaire Verlag, Berlin, widmet seine jüngste Flugschrift dem „Fall Springer am Beispiel Arnold Zweig". Inhalt: Artikel der Springer Zeitungen, Anzeige gegen diese Zeitungen, Ablehnungsschrift der Staatsanwaltschaft, erneute Anzeige, Text der Panorama-Sendung und zusätzliches NDR-Material, Erwiderungen der Springer-Presse.

audi-intern

Freilich kann ich nicht sagen, ob es besser wird, wenn es anders wird; aber soviel kann ich sagen: es muß anders werden, wenn es gut werden soll." Diesen gewiß nicht unklugen Satz hat Lichtenberg einmal gedacht. Die neue Redaktion des auditorium hat ihn sich wohlweislich hinter die Ohren geschrieben. Denn die Crux aller Anfänger — und das sind wir — ist, daß sie immer alles besser machen wollen. Und in der Tat: wir glauben, daß das auditorium, verglichen mit anderen deutschen Studentenzeitschriften, ein Schlag ins Wasser war: audi informierte zu wenig, kümmerte sich nicht oder nur wenig um die den Studenten ureigensten Interessen; es bot keine politische Linie, reflektierte die in der Studentenschaft gegenwärtig heiß diskutierten Fragen der Hochschulreform und der studentischen Opposition nicht ausreichend; es orientierte die Studentenschaft über die Arbeit des AStA nur am Rande. Das alles wollen wir besser machen und noch mehr.

Wir wollen uns bemühen, Sie durch Vorlesungs- und Seminarrezensionen über Vor- und Nachteile einzelner Lehrveranstaltungen zu informieren; durch Prüfungskritik und die Kritik der Studienberatung über die Fragwürdigkeit von Zwischenprüfungen, das noch herrschende unkritische Wissenschaftsverständnis zu unterrichten; durch Beiträge gesellschaftskritischen Charakters, die zudem wissenschaftlich fundiert sind, Handlungsorientierung für politische Praxis und Theorie zu geben; Beiträge zur sozialen, psychischen und individuellen Situation der Studenten zu bringen. Nicht zuletzt aber wollen wir Sie informieren über das, was hier an der Hamburger Universität vor sich geht, was sich in einzelnen Fächern tut; worüber man munkelt und diskutiert.

Um all das realisieren zu können, bedarf es Ihrer Hilfe: geben Sie uns Tips, schreiben Sie uns bitte Ihre Kritik zu Vorfällen und Zuständen, die sich an dieser Universität ereignen und die hier bestehen.

Bei der Lektüre des neuen audi aber, sofern Sie sich der vielen Versprechungen noch entsinnen, vergessen Sie nie: „Freilich kann ich nicht . . ."

Herzlichst Ihr

Holger-Jens Riemer


B. Pätzoldt

audi-gespräch mit dem neuen AStA


N. Jankowski

audi: Herr Pätzoldt, Herr Jankowski, Sie haben Ende des Sommersemesters den AStA-Vorsitz übernommen. Wie steht es um die berühmt-berüchtigte Kontinuität? Werden Sie die Arbeit Ihrer Vorgänger in der studentischen Selbstverwaltung im gleichen Sinne fortsetzen oder haben Sie ein anderes Konzept?

AStA: Neben der nicht zu umgehenden Verwaltungsarbeit, der Hilfe für Studienanfänger, verbessertem Mensaessen etc., versuchen wir, für unsere Arbeit politische Prioritäten zu setzen, die eine optimale Interessenvertretung der Studentenschaft anvisieren. Wir begreifen die Studentenschaft als eine soziale Gruppierung, deren ganz spezifische Interessen kompromißloser und mit mehr Nachdruck vertreten werden müssen als es bisher geschehen ist.

Insbesondere muß uns an einer Aktivierung der Studenten dieser Universität gelegen sein, vor allem oben in Hinsicht auf eine kritische Bewußtseinshaltung, sowohl was die wissenschaftliche Ausbildung, deren arbeitsteilig abgeblendeten Wissenschaftsbetrieb als auch was die gesellschaftspolitischen Fragen angeht, von denen sich eine mit den Tabus wirklich brechende Hochschulreform einfach nicht trennen läßt.

audi: Diese Einsicht ist für Hamburg vielleicht etwas neu. Heißt das, daß Sie durchaus einen Zusammenhang zwischen „formierter Gesellschaft", Notstandsfrage und Universität, resp. Hochschulpolitik sehen?

AStA: In der Tat.

audi: Die Informationspolitik des AStA und die Öffentlichkeit seiner Arbeit wurden bisher — gelinde gesagt — vernachlässigt. Was haben Sie auf diesem Gebiete vor?

AStA: Wir haben bereits im letzten Viertel der Semesterferien AStA-Infos herausgegeben: vorgesehen ist ein neues Verteilersystem für diese Kurzinformationen, damit auch die Mediziner in Eppendorf und abgelegene Institute erreicht werden. Ferner wollen wir die Arbeit des Parlaments attraktiver machen, d. h. wir wollen die Studenten auffordern, selbst das Studentenparlament zu besuchen. Sie haben dort die Möglichkeit — was vielfach unbekannt ist — selbst, also ohne Parlamentarier zu sein, Fragen an den AStA zu stellen. Überdies aber ist beabsichtigt, durch Plakate, Stelltafeln die Studenten vor wichtigen Sitzungen des SP mehr anzusprechen. AStA-Dokumentationen sollen Hintergrundinformationen liefern. Weitere Punkte: Herstellung einer Campus-Atmosphäre, Einberufung von Vollversammlungen zur Orientierung der Studentenschaft.

audi: Der AStA hat in Zusammenarbeit mit einem Initiativausschuß an der Uni Hamburg das Programm für eine kritische Universität erarbeitet. Was versprechen Sie sich davon

a) für die Bewußtseinsbildung und Aktivierung der Studenten,
b) für die überfällige Studienreform?

AStA: Durch die Konfrontation des etablierten Wissenschaftsbetriebes mit der kritischen Universität hoffen wir, die Studenten zum Nachdenken über ihre eigene wissenschaftliche Situation anregen zu können. Sie sollen, indem sie methodisch-rational die Inhalte — und zugleich die Lücken des Lehrangebotes an dieser Universität — reflektieren, zu einem politischen Bewußtsein gelangen, das nicht kontemplativen Charakter trägt, sondern von dem Handlungsimpulse ausgehen. Wir glauben, damit die inneruniversitäre Demokratie zu beleben, sofern sie überhaupt existiert. —

Die kritische Universität Hamburg stellt daneben einen Beitrag zur Hochschulreform dar; denn die Fehler des bisherigen Wissenschaftsbetriebes zeigen eindeutig, daß wir Experimente machen müssen, um neue Erfahrungen zu sammeln. Es soll z. B. in der KU experimentell erprobt werden, wieweit der Student in den Forschungsprozeß mit einbezogen werden kann.

Wir ziehen aus den ganzen Ansätzen, die heute versucht werden, die hochschulpolitische Konsequenz, daß die Hierarchie der Ordinarienuniversität der Wissenschaft nicht adäquat ist.

audi: Sie sprachen eingangs von der stärkeren Mitwirkung der Studenten bei ihren eigenen Interessen. Haben Sie einen Plan, wie Sie trotz der verbreiteten studentischen Lethargie Ihr Programm wirkungsvoll durchsetzen können? Kurz, werden wir's erleben? Ja oder nein?

AStA: Ja.

In diesem Heft legen vier AStA-Referenten in Kurzform programmatisch ihr Konzept vor. An der Hamburger Situation der Studentenschaft ist wohl zunächst einmal augenfällig, daß für die Arbeit des AStA sowohl im allgemeinen wie im besonderen kaum Interesse besteht. Das ist nun gewiß nicht allein die Schuld der Studenten; denn daß ihnen die Arbeit des AStA abstrakt erscheinen muß, wenn dieser nicht öffentlich macht, worum es ihm geht und womit er sich zur Zeit beschäftigt, ist fast überflüssig zu sagen.

AStA-Referenten stellen sich vor

Zur Person: WOLFGANG KROHN, cand. phil., hat das Hochschulreferat am 1. August übernommen; er ist 26 Jahre alt und studiert Philosophie im 11. Semester.

Seit Jahren wird in Hamburg an einem neuen Hochschulgesetz gebastelt. Was an Gesetzesentwürfen von Parteien, Sektionen, Fraktionen vorgelegt wurde, zeichnet sich durch nichts anderes aus, als durch das rückständige Nachbeten von Versen alter Gesetze. Die Politiker scheinen nicht einmal in der Lage zu sein, den derzeitigen Stand unseres Universitätsbetriebes in einem Gesetz wiederzugeben; ihnen — wie den meisten Professoren — ist der Blick für solches verhängt von Bildern guter alter Gelehrtentradition.

Das Hochschulreferat hat diesem Zustand entgegenzuwirken durch

(1) Erstellung moderner Alternativ-Vorschläge zum neuen Hochschulgesetz;

(2) Bewußtseinsbildung unter den Studenten über die reaktionäre Wissenschafts- und Herrschaftsstruktur der Universität;

(3) Aktivierung der Studentenschaft als ein politisches Druckmittel für Reformvorschläge;

(4) Planung und Organisation von Veranstaltungen, die innerhalb und außerhalb der Universität den politischen Willensbildungsprozeß und den Impuls für politische Forderungen forcieren (Diskussionen, teach-ins, Demonstrationen).

●

SEPP BINDER, stud. phil., ist Referent für politische Bildung. Er hat seine Arbeit ebenfalls im August begonnen. Studium: Pädagogik im 3. Semester. Alter: 28 Jahre.

Worum geht es mir bei der zum Sommer-Semesterschluß übernommenen politischen Bildungsarbeit? Nicht allein um die Aktualisierung und Reflexion gesellschaftlicher Erfahrungen einer zunehmend kritisch werdenden Studentenschaft durch die Organisation von Reihen- und Einzelveranstaltungen, sondern auch und vor allem um die „Durchsäuerung" der außeruniversitären Gesellschaftsgruppen mit den studentischen Problemen, Vorstellungen und Zielsetzungen.

Dazu zählt auch die Arbeit der dem Referat angeschlossenen Kommission „Student und Polizei", die in letzter Zeit politisch effektiver geworden ist.

Selbstverständlich bleiben auch Rückschläge nicht aus: dabei denke ich zunächst an die angekündigten Restriktionsmaßnahmen für die politische Bildungsarbeit an unserer Universität um DM 15 000 (22,5 % des Gesamtetats), die insbesondere die nicht-organisierte Studentenschaft betrifft. Leider teilte mir der Fraktionsgeschäftsführer der SPD, Herr Dewitz, mit, es sei seiner Meinung nach rein ideeller Natur, die Bereitstellung der notwendigen Mittel zu fordern, um den politischen Bildungsauftrag der Universität erfüllen zu können. Offenbar einer mehr, der das Godesberger Programm vergessen hat: „Allen Studenten soll eine politische . . . . Grundbildung vermittelt werden."

●

DIETER MAYBURG, stud. phil., 28 Jahre, ist Kulturreferent. Er bearbeitet das Referat schon seit dem SS 67. Studium der Literaturwissenschaft und Geschichte im 12. Semester.

Das Kulturreferat im AStA soll nicht so sehr dazu dienen, eventuell vorhandene Lücken im Veranstaltungskalender der Stadt Hamburg zu schließen, vielmehr:

Vom Kulturreferat aus durchgeführte Veranstaltungen haben den Sinn, die Studenten nicht nur über Aktuelles auf kulturellem Sektor zu informieren, sondern sie insbesondere auch anzuregen zu eigener Meinungsbildung und kritischem Urteilsvermögen über rein studentische und persönliche Tagesprobleme hinaus. Damit soll der Blick frei gemacht werden für gesellschaftspolitische, kulturelle und in weiterem Sinne auch politische oder historische Probleme allgemeiner Art.

Solche Veranstaltungen sollen u. a. zu angemessenen Preisen einerseits und auf einem dem Studenten entsprechenden Niveau andererseits geboten werden. Diese Absicht schließt nicht aus, daß wir uns auf eine gewisse Konkurrenzebene mit den Hamburger Konzert-Direktionen begeben.

Im letzten Semester bereits unternommene Versuche, für kulturelle Veranstaltungen in Hamburg von den jeweiligen Veranstaltern preisgünstigere Karten, vor allem aber auch ein größeres Kartenkontingent als bisher, zu erhalten, dürften in diesem Semester wenigstens zu einem Teilerfolg führen.

●

HERMANN ZIEGENBEIN, stud. phil., ist der Jüngste: 22 Jahre. Im Oktober übernahm er die Arbeit im Referat für Bildungswerbung. Studium: 4. Semester Pädagogik und Politikwissenschaft.

Seit über einem Jahr besteht in Hamburg die „Aktion Bildungswerbung", deren ursprüngliches Ziel darin bestand, das Bedürfnis nach Bildung in Bevölkerungsschichten zu wecken, die davon noch weitgehend unberührt sind. Hinzu kam der Versuch, durch gezielte Informationen über die im gegenwärtigen Schulsystem bestehenden Möglichkeiten aufzuklären. Wenngleich die Aktion in anderen Gebieten den Erfolg hatte, die Zahl der Anmeldungen zu den Gymnasien zu erhöhen, so scheint dieser Erfolg doch ein Strohfeuer zu bleiben. Ein erheblicher Teil der „Bildungsgeworbenen" verläßt nach einiger Zeit frustriert das Gymnasium.

Daraus ergaben sich zwei Ansätze für die Fortführung der Arbeit:

Erstens konnte man versuchen, den Geworbenen konkrete Hilfe zum Fortkommen auf den weiterführenden Schulen zu geben. Die Organisation von Schularbeitskreisen war die Konsequenz. Studenten helfen Schülern bei den Hausaufgaben.

Zweitens zeigte die durch die gegenwärtige Schulorganisation bedingte soziale Selektion die Notwendigkeit, auf eine Reform der Schule hinzuarbeiten.

Hier wird das Schwergewicht der zukünftigen Arbeit des Referates für Bildungswerbung liegen. In einer Seminar- und Vortragsreihe, die im WS 67/68 veranstaltet wird, sollen neuralgische Punkte der derzeitigen Schulorganisation sowie Möglichkeiten und Modelle einer Reform behandelt werden. Die Aufgabe der Seminarreihe besteht in der theoretischen Vorbereitung der Mitarbeiter für Bildungswerbung auf ihre praktische Tätigkeit und in der Aktualisierung der Schulreformdiskussion.

In gleicher Zielrichtung sollen die Schul- und Betriebsveranstaltungen eingesetzt werden. Diese „klassischen" Bildungswerbungsmethoden sollen jetzt primär eine Öffentlichkeit für die Schulreform schaffen, in der bereits spürbare Unzufriedenheit mit der bislang existierenden Organisationsform der Schule zu verzeichnen ist.

Jens Litten

ENTEIGNET SPRINGER ... und was dann?

Daß Axel Cäsar Springer Macht hat und sie zu nutzen weiß, wer würde es bestreiten. Freunde des Konzernchefs wissen zu berichten, daß Macht ‚an sich' nichts Böses ist, nur auf den rechten Gebrauch komme es an. Beliebtes Spielchen ist auch, nach dem quantifizierbaren Ausmaß zu fragen, so, als ginge es um ein Rechenexempel, nicht um das Problem, ob mit Zeitungen Mündigkeitsprophylaxe betrieben wird. Wer es dann noch ganz genau wissen will, erfährt von der unternehmerischen Leistung und dem Zwang zur Rentabilität, die schließlich allein Unabhängigkeit garantiere. Zu fragen wäre, von wem noch Springer, wer seit langem schon von ihm abhängig ist.

Daß Pressefreiheit mit Gewerbefreiheit verwechselt wird, nimmt nicht wunder in einem Land, das in der Zwangsjacke des Privateigentums den gesellschaftlichen Charakter seiner Produktion leugnet. Allerdings scheint der Öffentlichkeitscharakter der Ware ‚Zeitung' auffälliger als der anderer. Daß also allein Profitmaximierung die Triebfeder unternehmerischen Schaffens im Produktionsbereich ‚Presse' sein kann, wird immerhin bezweifelt.

Allerdings, wer Entflechtung im Wege eines Anti-Trust-Gesetzes und nicht Enteignung im verfassungsmäßig verbrieften öffentlichen Interesse will, bleibt im ökonomischen Denken befangen, meint er doch gutgläubig, eine Vielzahl kleinerer Zeitungen garantiere quasi automatisch ein Meinungsspektrum, durch dessen Raster Glaubenssätze des Unpolitischen wie etwa ‚Seid nett zueinander' fallen. Kritische Soziologen dagegen wie v. Friedeburg fordern einen ‚Wettbewerb um Aufklärung'; ohne jedoch wie etwa Schumpeter an Produktdifferenzierung zu denken. Dessen Definition der politischen Partei — als eines Wettbewerbverbandes zur Gewinnung von Stimmen — erweist sich tagtäglich als richtig.

Nun richtet sich der Vorwurf nicht gegen Konzentration ‚an sich', mehr gegen subjektive Meinungsdiktate. Wären Springers Blätter dagegen für einen kritischen Adressaten bestimmt, der Informationen vermittelt, nicht in seiner trügerischen Privatheit sich bestätigt wissen will, wer dann würde Springer enteignen wollen? Schließlich, darf man denn glauben, daß dieser Mann jedem seiner Journalisten die Hand führt? Verdeckt dieses simple Bild direkter Herrschaft nicht ein viel gefährlicheres, daß nämlich, wie G. Gaus es beschrieb, ‚in einem Haus dieser Größe und dieser speziellen Ausrichtung die Gesamtideologie mehr durch Osmose als durch Weisungen sich bildet'? Ist nicht die ‚konzertierte Aktion' täglichen Meinungseintopfes, zu beobachten an den großen Zeitungen, Zeichen dafür, daß dieser Prozeß auch auf wirtschaftlich voneinander unabhängige Zeitungen übergegriffen hat? Gibt es also nicht nur einen Meinungskonzern, sondern ein viel imposanteres Meinungskartell?

Sicher ist es ‚herzerfrischend' zu meinen, bessere Zeitungen würden Springer schon vom Markt verdrängen, aber nicht minder naiv scheint mir Mitscherlichs Appell, Konsumverzicht zu leisten. Sein Imperativ ‚Hören wir auf, Springers Druckerzeugnisse zu kaufen!' gilt doch jenen Leuten, die die Bild-Zeitung allenfalls aus analytischem Interesse lesen.

Daß Zeitungen zum Konsumgut vertiert sind, hängt mit dem kollektiven Rückzug zur Innerlichkeit zusammen. Diese Tatsache zu kennen, bedeutet nicht, sie zu akzeptieren, meinen wir es ernst mit dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Pathetisch formuliert: Meinungen dürfen nicht gehandelt, sie müssen vertreten werden. Daß die Presse heute den emotionalen Haushalt balancieren hilft, beweist, daß sie als Ersatz-Befriedigung fungiert. Wer aber — wie die politischen Parteien — an der Meinungs- und damit Willensbildung des souveränen gesellschaftlichen Gesamtsubjekts, genannt Volk, mitwirkt, der muß wissen, daß Freiheit der Presse nicht die des Verlegers meint, nicht also die des Unternehmers, sondern die der Information, die zu vermitteln wie zu erhalten in einem demokratischen Rechtsstaat gleichermaßen Anspruch besteht. Dabei hat das Gebot einer parteilichen Toleranz zu gelten, Meinungen zu befördern, die auf der Basis umfassender Information zu Gegenrede provozieren, andererseits solcher Urteile sich zu enthalten, die eine unaufgeklärte Öffentlichkeit in ihren Ressentiments bestärken.

Wenn die Fixierung am Profitziel aus dem Teufelskreis nicht entläßt, den privatisierte Öffentlichkeit und ihr genügende Öffentlichkeit scheinbar bilden, dann kann jener nur gesprengt werden durch Aufgabe dieser self-fulfilling-prophecy. Diese wird zur self-destroying-prophecy nur dann, wenn dem öffentlichen Charakter der Presse durch Honorierung sowohl wie Kontrolle Rechnung getragen wird. Daß die Redaktionen aus der Fremdbestimmung einzelner Verleger entlassen werden, ist jedoch nicht zureichende Bedingung. Vielmehr müssen sie für die Durststrecke finanziell gerüstet sein, wenn es heißt, das Schneckenhaus der Privatheit durch Aufklärung aufzubrechen. Zu der großzügigen Subventionierung von Redaktionskooperativen, denen wie den Parteien ein Status zwischen privater und öffentlich-rechtlicher Sphäre zugewiesen werden muß, sollte die Verabschiedung eines Presseartikels treten, der analog Art. 21 GG diesen Status verfassungsmäßig fixiert. Nur durch wirksame Kontrolle kann der Selbstaufklärungsprozeß der Öffentlichkeit vorangetrieben werden. Daß auf diesem Wege Öffentlichkeit zugleich hergestellt wird, ist nur ein scheinbares Paradoxon. Denn so wie die Informationen verweigernde Presse deren Bedürfnis abstellt, kann dieses geweckt werden. Dazu allerdings ist eine auf den Markt angewiesene Zeitung nicht in der Lage. Hier bedarf es schon einer wirksamen ‚konzertierten Aktion' aller Beteiligten, d. h. ‚Wettbewerb um Aufklärung' steht solange mit dem Wettbewerb um Marktanteil in Widerspruch, als nicht Argumente gefordert, sondern marktgängige Produkte konsumiert werden.

Soll also Springer enteignet werden, dann verlangt das öffentliche Interesse, daß nicht auf halbem Wege haltgemacht wird.

Peter Schütt

Kriti

und Unive

Die etablierte Ordinarienuniversität gehört aufgrund ihrer wertfrei-unkritischen Wissenschaftshaltung, ihrer autoritären Lehrpraktiken und ihres undemokratischen, ständehierarchischen Aufbaus zum Reproduktionsinstrumentarium einer unfreien und unmündigen Gesellschaft, die wehrlos den Manipulationen ihrer Machthaber ausgesetzt ist; als elitäres Modell bestimmt sie die Verfassung des gesamten Schulsystems.

Studentische Aktivität

Zum ersten Male seit fast genau fünfzig Jahren ist im vergangenen heißen Sommer die herrschende akademische Ordnung in Frage gestellt worden: Zuletzt zwischen 1917 und 1920 haben in Berlin, Hamburg oder München die Studentenräte den universitären Elfenbeinturm mit vergleichbarer Entschlossenheit in Zweifel gezogen.

Während der rasch erlahmte revolutionäre Elan der Nachkriegsstudenten nicht einmal eine anhaltende Liberalisierung des akademischen Lehrbetriebs eingeleitet hat, haben sich die Berliner Demonstranten in diesem Jahr nicht in bloßen Mißfallenskundgebungen erschöpft, sondern spontan und unangemeldet eine konkrete Utopie erstellt, das Gegenmodell einer „Kritischen Universität".

Studenten anderer Universitäten sind dem Berliner Beispiel gefolgt. In **Hamburg** entwarf ein vom AStA unterstützter Initiativausschuß ein „Studentisches Kontrastprogramm". In **Münster, Bochum** und **Bonn** sind von Vertretern der politischen Hochschulgruppen „Wissenschaftspolitische Clubs" gegründet worden, die Gegenveranstaltungen zur verfestigten Seminar- und Vorlesungsordnung der alten Universität organisieren sollen.

Internationale Kontakte

Die Gründer der Berliner „Kritischen Universität" waren sich durchaus über den Zusammenhang mit den studentischen Aktivitäten in großen Teilen der „Freien" und der „Dritten" Welt im klaren. Seit Jahren bestehen zu Angehörigen einzelner südamerikanischer Universitäten, die seit Generationen im Kampf gegen diktatorische Eingriffe der staatlichen Bürokratien geübt sind, intensive Kontakte, und nach dem 2. Juni nahm die Berliner Studentenopposition Verbindung mit Vertretern der London School of Economics (LSE) und der Free University New York auf, um die dort gemachten antiuniversitären Erfahrungen mitverwenden zu können.

Die nach den Studentenrevolten von Berkeley als Gegenuniversität konzipierte Free University zählt gegenwärtig 1200 Studenten und ist zumindest organisatorisch wesentlich weiter fortgeschritten als die Berliner Gründung im derzeitigen Zustand ihrer Planung. Ihre Zeitschrift „Treason", die auch das regelmäßige Vorlesungsverzeichnis enthält, hat sich in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten theoretischen Organe des amerikanischen New Left entwickelt. Sie wird neuerdings auch in Deutschland aufmerksam gelesen und trägt so zur Internationalisierung der Studentenbewegungen bei.

Kritische Lehrplanergänzung

Die bisher vorgelegten Lehrprogramme der Studenten durchbrechen mit voller Absicht die überkommenen Fakultätsgrenzen, deren strenge Einhaltung durch den akademischen Apparat bisher wirkungsvoll die Erkenntnis von Zusammenhängen zwischen den einzelnen Disziplinen und die Orientierung an übergreifenden, gesellschaftlich relevanten Fragestellungen verhindert hat.

Vom Elfenbeinturm reiner und praxisabgewandter Wissenschaft hat sich der Akzent auf die soziale Problematik des Fachs verlagert. Überall werden bevorzugt solche Themen behandelt, die bisher von den beamteten Hochschullehrern sorgfältig vermieden wurden. Die angepackten heißen Eisen sind in der Regel ausgesprochen politischer Natur. Die KU will Arbeitsbereiche erschließen, die man bisher in den Vorlesungsverzeichnissen vergeblich suchte.

Gegen unkritische Wissenschaftsideologien

Gemeinsame Intention der gegenuniversitären Programme ist die Politisierung der wissenschaftlichen Fragestellungen. Die Studenten wollen den gültigen unkritischen Wissenschaftsideologien der „Wertfreiheit" und des Neopositivismus gesellschaftspolitisch orientierte und engagierte Forschungsmethoden entgegensetzen und das systemkonforme Verhalten reiner Gelehrsamkeit mit aufklärerischen, an Kritik und Widerspruch geschulten Arbeitsprinzipien konfrontieren.

In **Mainz, Heidelberg** und **Hamburg** veranstalten die AStAs Vorlesungsreihen, die sich unter dem Aspekt der Wertfreiheit kritisch mit dem wissenschaftlichen Werk und der akademischen Lehrtätigkeit verschiedener, für ihr Fach repräsentativer Forscherpersönlichkeiten auseinandersetzen. Am Ende der Zyklen ist beabsichtigt, den Vertretern unpolitischer Wissenschaftshaltungen alternativ die Leistungen von Forschern entgegenzustellen, die in vorbildlicher Weise soziologische und politologische Argumente in ihre Untersuchungen einbeziehen.

Für politisch verantwortungsbewußte Disziplinen

Die germanistischen Mitarbeiter der KU Berlin, treten erklärtermaßen für eine politische verantwortungsbewußte und verantwortungsbereite Philologie ein, weil sie erkannt haben, daß besonders in ihrer Disziplin das geforderte Heraushalten aus der Politik nichts anderes als das fraglose Sichabfinden mit den bestehenden Verhältnissen zur Folge gehabt hat.

Allgemein setzt sich die Einsicht immer mehr durch, daß eine Wissenschaft, die sich blind gegenüber dem in großen Teilen der Welt ausgeübten Terror, gegenüber politischer Gewalt und Brutalität verhält, objektiv zur Verlängerung und Verfestigung des Unrechts beiträgt.

Sie fordern deshalb programmatisch, daß sich die akademische Forschung und Lehre ihrer gesamtgesellschaftlichen Funktion bewußt wird und ihren Beitrag zur Demokratisierung aller Lebensbereiche übernimmt.

Die KU geht explizit von der Erkenntnis aus, daß die Mängel, Mißstände und Widersprüche der etablierten Universität „adäquat die Widersprüche in der Gesellschaft widerspiegeln" und daß deshalb eine demokratische Umgestaltung der akademischen Lehrmethoden erste Schritte zur Demokratisierung, zur Aufklärung und Befreiung der Gesamtgesellschaft einleiten kann.

Reform von unten

Die Spontaneität, mit der die studentischen Gründungs- und Programmausschüsse ans Werk gegangen sind, hat die Gegenuniversität quer zum bürokratischen Apparat gestellt. Die Sezessionsbeschlüsse wurden gefaßt, ohne daß die Universitätsverwaltung oder die Professorenschaft um ihre Genehmigung ersucht worden wäre.

Mit rätesystematischer, radikaldemokratischer Entschlossenheit haben sie die Vorbereitung und die Organisation der Studentenuniversität selbst in die Hand genommen und damit offenkundig die Überflüssigkeit der professoralen Bevormundung demonstriert.

Erst als die Entwürfe ausgearbeitet waren, wurden progressive Professoren um Unterstützung gebeten — gegen beamtete Förderer der studentischen Aktivität drohte der Berliner Senat mit Disziplinarstrafen.

praktische Studienreform". Vorgesehen ist die Veröffentlichung von Vorlesungsrezensionen und Prüfungskritiken „nach wissenschafts- und gesellschaftstheoretischen, didaktischen, wissenschafts- und hochschulpolitischen Kriterien".

Die Elfenbeinturmhockerfabrik . . .

Mehr als alle Eingriffe der Staatsaufsicht, die zur Zeit der Wirtschaftskrise bestrebt ist, den Elfenbeinturm in eine Elfenbeinfabrik zur Deckung des akademischen Nachwuchsbedarfs umzufunktionieren,

sche Universität
rsitätskritik

„Experimentelle Kolloquien"

Für die üblichen akademischen Methoden exkathedraler Wissensvermittlung ist in den Veranstaltungen der Kritischen Universität und der Kontrastprogramme kein Platz. Die in den alten Hörsälen durchgeführte Arbeitsteilung in einen dozierenden Wissensproduzenten und zahlreiche studierende Wissenskonsumenten ist zugunsten gleichberechtigter Zusammenarbeit aufgegeben worden.

In **Hamburg** sind die Kurse der Studenten als „experimentelle Kolloquien" gedacht: „Das Thema ist absichtlich allgemein formuliert. Auf Verlangen der Mehrheit der Teilnehmer läßt sich im Verlauf des Semesters die Themenstellung und die Verfahrensweise jederzeit ändern. Die Leiter beschränken sich auf die Darlegung des Arbeitsmaterials und die Führung der Diskussion. Auf Wunsch der Mehrheit können sie jederzeit durch einen anderen Teilnehmer abgelöst werden.

Das Ziel der Kolloquien ist es, durch experimentelle Veränderung der Lehr- und Lernverhältnisse die Initiative aller Teilnehmer zu entfalten und ihnen eine bestimmende und entscheidende Funktion bei der Gestaltung der wissenschaftlichen Arbeitsweise zu sichern."

Im Programm der Berliner KU brauchte die Verfahrensweise studentischer Gruppen nicht mehr eigens dargelegt zu werden. In Vollversammlungen, in den zahlreichen Veranstaltungen der politischen Hochschulgruppen und bei ungezählten freien Diskussionsforen haben die Berliner Studenten mittlerweile einen Stil der offenen Aussprache entwickelt, der sich selbstverständlich überall dort durchsetzt, wo der studentischen Selbsttätigkeit Gelegenheit zur Entfaltung geboten ist.

Permanente Hochschulkritik

Die Kritische Universität stellt sich jedoch nicht als neuer Elfenbeinturm exterritorial neben die alte Universität, sondern hat sich die Kritik und die Einflußnahme auf die traditionelle Hochschule zur vordringlichen Aufgabe gesetzt. Das provisorische Verzeichnis formuliert als seinen Schwerpunkt „permanente Hochschulkritik und

Vorlesungsrezensionen

Im **Hamburger** Philosophischen Seminar haben die Studenten durchgesetzt, daß das Schwarze Brett allen Seminar- und Vorlesungsteilnehmern zum Anbringen von kritischen Kommentaren zu allen Lehrveranstaltungen zur Verfügung steht. Die Kritik soll laut Fachschaftsbeschluß „der Information und der Kontrolle für Studenten und Dozenten" dienen. „Sie ist zugleich Ausdruck des Anspruchs an die Universität, ihre Institutionen sinngemäß zu demokratisieren, und des Anspruchs an die Studenten, aus der Haltung bloßer Rezeptivität zu öffentlicher kritischer Stellungnahme überzugehen."

Am Ende des Sommersemesters war fast jede Vorlesung rezensiert.

In **Bonn, Kiel, Frankfurt** und **Freiburg** haben sich die von den AStAs herausgegebenen Studentenzeitungen bereits seit einiger Zeit zu Organen für eine umfassende Kollegkritik entwickelt; in Bonn organisierten sogar die Teilnehmer statistische Umfragen unter den Hörern und veröffentlichten sie auf Anschlägen und Flugblättern.

Studien- und Prüfungsführer

In **Berlin** sind weiterhin „Parallelseminare und vorlesungskritische Arbeitskreise, die kollektiv kritische Analysen bearbeiten und publizieren", vorgesehen.

In **Hamburg** haben sich die bisher von den Ordinarien protegierten Mentorengruppen an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät entschlossen, ihre Ergänzungskurse für die permanente Kritik an den Lehrveranstaltungen zu öffnen. Die **Berliner** haben, — was bisher nur in **Bonn, Hamburg** und **München** illegal geschehen ist — in aller Öffentlichkeit die „Herstellung und den Verkauf von Vorlesungsskripten" vorbereitet, sie planen die Edition eigener Lektürepläne und von „Studien- und Prüfungsführern, als Komprimierung von und als Ersatz für viele zeitraubende, unrationell organisierte Pflichtveranstaltungen" und tasten damit ein Tabu an, das das sakrosankte Prüfungsmonopol der Ordinarien unmittelbar tangiert.

sind die studentischen Aktivitäten und Aktionen geeignet, die Hochschulverhältnisse praktisch zu verändern. Die antiinstitutionelle Initiative der studentischen Hochschulpolitik erschöpft sich nicht mehr in der selbstzufriedenen Hinnahme institutioneller, scheindemokratischer Zugeständnisse, sondern entwickelt eigene Formen selbsttätiger und solidarischer Zusammenarbeit, die wirksam genug erscheint, um die an den Universitäten über das Normalmaß ausgedehnte Durststrecke zwischen Theorie und Praxis zu verkürzen.

Ein gemeinsamer Grundzug der kritischen Universitätsmodelle ist der Versuch, die Ergebnisse theoretischer Kritik zum Gegenstand von praktischen Erfahrungen zu machen. Mit den Komitees, die nach dem 2. Juni in Berlin und an vielen anderen Universitäten Westdeutschlands gebildet wurden, sind die opponierenden Studenten beträchtlich über die bisherigen Modelle lizensierter Mitbestimmung hinausgegangen, sie entrissen den staatlichen und akademischen Institutionen einen Teil ihrer bürokratischen Privilegien und boten damit auch den Studenten, die weder organisiert noch angestellt waren, die Möglichkeit zu aktiver hochschulpolitischer Betätigung.

. . . gilt es zu verändern

Die Kluft zwischen einem bloß rezeptiven Erlernen demokratischer Verhaltensformen und dem Umsetzen des Erlernten in greifbare Aktion wurde wenigstens vorübergehend überwunden.

Dadurch wurde unter den bewußten Teilen der Studentenschaft ein Lernprozeß eingeleitet, als dessen erstes Ergebnis am Ende des Sommersemesters die Pläne für eine „Kritische Universität", für ein „Studentisches Kontrastprogramm" und für „Wissenschaftspolitische Clubs" vorgelegt worden sind.

INFORMIEREN – KORRIGIEREN – PROVOZIEREN. Die **Vorlesungsrezension** hält nun auch in Hamburg ihren Einzug: hineinzuleuchten in die toten Winkel zwischen Hochschullehrer und seinem geistigen Mündel, dem Studenten.

audi öffnet seine Spalten für die Vorlesungsrezension und eröffnet die offizielle Kontroverse um der Hochschulpolitik ungebärdigstes Kind.

Freilich, eine Gegenstimme, eine grundsätzliche, erhebt sich nirgendwo. Alle Für und Wider, die bekannten, sorgfältig abwägend, bekennt sich jeder Kontrahent zu dem Wert der Vorlesungsrezension. Allerdings mit Bedingungen: Die Dreiheit soll zur Zweiheit halbiert werden!

Informieren, korrigieren – ja, aber provozieren? Welch unguter Klang von Aufsässigkeit, von Querköpfigkeit und Rabaukentum! Für die Rezension ist doch die Provokation nicht unabdingbar!

Aber gerade um diese geht es uns: um die Bedingung, **auch** provozieren zu dürfen, provozieren zu erneutem Nachdenken, zu lebhafterer Diskussion. Denn unsere Rezensionen sollen beileibe keine Resümees sein, sondern Diskussionsbeiträge, Vorschläge, die auf Erwiderung warten. Und wir wollen sie nach ihrer Fruchtbarkeit, nicht nach ihrem absoluten Wahrheitsgehalt gewertet wissen.

Wer sich, wie jüngst Prof. Fraenkel in Berlin, gegen studentische Unverschämtheit nicht anders denn mit Disziplinarverfahren zu wehren weiß, tut uns Studenten wirklich zu viel Ehre an. Denn so leicht, wie uns die Herren Professoren glauben machen möchten, fällt uns das Provozieren gar nicht.

Der erste schüchterne Versuch, Vorlesungskritiken zu veröffentlichen, in Göttingen 1964, scheiterte einfach an mangelndem Interesse und mangelnder Qualifikation. Noch immer müssen die „mutigen" Initiatoren – sei es in Tübingen, Berlin, Kiel oder Freiburg – händeringend hinter den potentiellen Rezensenten herlaufen.

Mancherorts versuchen sie dann mit Fragebogen, ihr Material zusammenzubringen. – Im Hamburger Philosophischen Seminar zeigt man sich stolz über die zwei Dutzend Rezensionen am Schwarzen Brett: Triumph über Quantität trübt den Blick für Qualität.

Die FU-Studenten, als hochschulpolitische Stoßtrupps agierend, sind dazu übergegangen, Rezensionen im Team zu verfassen, um das wissenschaftliche Niveau zu fördern. Ihre Diskussion ist am heftigsten, aber auch am ertragreichsten: denn viele Professoren machen mit.

Alle Unzufriedenen, alle im gegenwärtigen Lehrbetrieb Zu-kurz-gekommenen, hier gibt es eine Chance: zur Teamarbeit, zur Aktivität.

Stimuliert das Gespräch mit den Professoren, schreibt Rezensionen!

Schreibt
Schreibt
Schreibt Vorlesungsrezensionen!
-ch

Mit der Veröffentlichung von Vorlesungs- und Seminarrezensionen im auditorium wollen wir die Diskussion in der Universität über die Universität beleben. Wir baten vier Professoren, uns ihre Vorstellungen zu solchen studentischen Veranstaltungen darzulegen. Prof. Schwarz und Prof. Roeder haben aus Zeitgründen abgesagt. Prof. Tausch erklärte sich bereit, konnte den Termin jedoch für dieses Heft nicht einhalten. Einzig die Überlegungen von Prof. Kob zu diesem Thema können wir Ihnen deshalb heute vorstellen. Wir glauben, daß es gut ist, schon auf Kommunikation mit den Professoren zu drängen, bevor noch überhaupt die erste Rezension erschienen ist. Einmal darum: es wird vermieden, daß keinerlei Resonanz kommt; zum anderen: daß die Polemik beider Seiten den Sinn dieses Unternehmens im vorhinein verkennen läßt. Freilich ist der hochschulpolitische Boden, auf dem heute mit Vorlesungskritiken agiert wird, spröder geworden. Für Hamburg sollte es ein weiterer Versuch sein, die hochschulpolitische Provinz für immer zu verlassen.

Prof. Dr. J. Kob

Vorlesungsrezensionen halte ich zunächst für durchaus sinnvoll und nützlich. Vorlesungen sind ja unter anderem auch ausdrücklich publizierte geistige Leistungen – also nicht etwa bloße pädagogische Veranstaltungen –, sie ebenso öffentlich zu rezensieren, würde auch noch im traditionellsten Sinn von Besprechung und Kritik liegen.

Es sei nur eingefügt, daß dies nicht im gleichen eindeutigen Maße für eine Seminarrezension zutrifft, denn Seminare sind ausgesprochene Kollektivleistungen, ihre Qualität hängt zu mindestens 50 % von dem Leistungswillen und der Leistungsfähigkeit der Studenten ab; sie sind deswegen auch nur in begrenztem Rahmen auf ihren Ertrag hin planbar und haben deswegen auch nicht jenen „Werkcharakter", der einer Vorlesung wenigstens zum Teil zukommt. Das braucht natürlich nicht zu bedeuten, daß Seminarbesprechungen im Sinne einer perspektivischen Manöverkritik nutzlos wären; aber sie könnten nicht jenen eigentlichen Rezensionsstil haben, wie ich ihn bei Vorlesungen für notwendig und möglich halte.

Das einzige Problem bleibt dann allein die Qualifikation des Rezensenten, und die mag hier undiskutiert unterstellt werden. Daneben halte ich die mögliche Verärgerung des kritisierten Autors für kein Problem; sie ist für jeden Kritiker ein selbstverständliches Risiko; noch nie und in keinem Metier hat ein denkender Mensch von einem negativ kritisierten Autor erwarten können, daß er dankbar jubelt und seinen Rezensenten mit Wohltaten traktiert.

Manchem mag nun dennoch problematisch erscheinen, daß solche Rezensionen von Vorlesungen von Studenten verfaßt werden sollen.

Die Schwierigkeiten werden dabei einmal in der zweifelhaften fachlichen Qualifikation von Studenten gesehen, deren Status sie zwar als Beflissene ausweist, aber als natürlicherweise noch im Vorhof des Expertentums befindlich.

Diese Sorge teile ich nicht, und zwar einfach deswegen, weil der bloße Status eines Menschen weder positiv noch negativ eine spezielle Qualifikation zu bestimmen vermag. Zwar besteht kein Anlaß zu der Erwartung, daß die Fähigkeit zum Rezensenten in unserer Studentenschaft sehr verbreitet ist, aber zu finden wäre sie hier und da doch wohl.

Zum anderen sieht man die psychologische Situation als gewichtiges Problem, die aus der Tatsache folgt, daß ein „Schüler" seinen „Lehrer" kritisiert.

Mir selbst – und mit Sicherheit auch den meisten meiner Kollegen – geht hier jede Empfindlichkeit ab, wenn man nur in der selbstverständlichen Feststellung einig ist, daß dem Kritisierten eine Kritik der Rezension zusteht.

Andererseits muß ich sagen, daß die Gefahr von Repressalien gegen unliebsame studentische Rezensenten von vielen eigentümlich timiden Studenten weitaus übertrieben wird; mir ist kein Fall bekannt, in dem aus solchen oder ähnlichen Motiven einem qualifizierten Studenten das Leben wirklich schwer gemacht worden wäre. Mir erscheinen darum anonyme studentische Vorlesungsrezensionen immer eher als ein Zeichen – gelinde gesagt – fehlenden Selbstbewußtseins beim Rezensenten, denn als Merkmal für einen repressiven Charakter unserer Hochschulstruktur.

Die Problematik, die ich in dem Vorhaben von Vorlesungsrezensionen sehe, liegt einzig darin, daß sie ausdrücklich und allein in Studentenzeitschriften erscheinen sollen. Damit wird nämlich die Funktion solcher Kritiken im Vergleich zur üblichen Bedeutung von Rezensionen wesentlich eingeschränkt.

Wozu können sie auf dem Podium reiner Studentenzeitschriften dienen?

Der Information eines interessierten Publikums kaum, denn das angesprochene Publikum, die jeweiligen Fachstudenten, sind doch – wie man annehmen sollte – über die Vorlesungen ihrer Dozenten informiert genug. Der Interessenlenkung – im Sinne von „Verkaufsförderung oder -minderung" wie bei professionellen Buchkritiken – auch nicht, denn Vorlesungsrezensionen erfolgen ja post festum. So bleibt die Förderung eines sicherlich nicht unwichtigen Dialogs zwischen Studenten und Dozenten, allerdings auf spektakulärem Umweg; der Dozent hat eventuell die Chance, zu erfahren, was die Studenten von seiner Vorlesung mitbekommen haben, was sie von ihr halten; allerdings doch nur, wenn der Rezensent die Meinung und die Qualität der Hörerschaft repräsentiert, wobei ich allerdings im Zweifel bin, ob das noch für eine Rezension von Nutzen wäre.

Schließlich wäre an einen gewissen Demokratisierungseffekt in der Hochschule zu denken; auch wenn man – wie ich – Zweifel hegt, daß dieser Effekt bemerkenswert groß sein könnte, sollte diese Aussicht allein schon das Vorhaben von Vorlesungsrezensionen rechtfertigen, allerdings zugleich auch auf allen Seiten die Verpflichtung zu Redlichkeit und Offenheit bei diesem Unternehmen stärken.



Pädagogische Kalamitäten

Reinhold dJ Oberlercher

„Es ist eine Szene, würdig des absurden Theaters, wie 10 000e von Studenten Wissenschaften betreiben, die sie auch nicht im geringsten interessieren, und wie diese Wissenschaften wiederum nicht im geringsten an dem interessiert sind, was die sie Betreibenden treibt."
Klaus HEINRICH, Argument 43

Das hamburgische Schulwesen, so kann man bisweilen hören, sei progressiv. Insbesondere in Sachen Lehrerbildung sei Hamburg führend (wobei deren Verquickung mit der Universität gemeint ist). Das ist nicht falsch, und aus der Hamburger Situation läßt sich einiges lernen. Das Erziehungswissenschaftliche Seminar und das Pädagogische Institut der Universität sind auf ca. 800 Studenten angelegt; über 3000 Studierende der Pädagogik gibt es hier zur Zeit. Wollten sie alle plötzlich eifrig und gewissenhaft studieren, entstünden katastrophale Verhältnisse.

Lehrstoff zum Konsumieren

Das quantitative Mißverhältnis reproduziert sich vielfach in inneren Widersprüchen, bei denen die akademischen Organe der Pädagogik immer genau das Gegenteil von dem zu tun gezwungen sind, was sie den angehenden Lehrern als richtiges Verhalten gegenüber Schülern deklarieren. Die Lehrformen der Universitätspädagogik sabotieren die Verwirklichung ihrer Lehrinhalte. Die quantitative und qualitative Vermassung in Übungen und Seminaren zwingt die Studenten zur bloß rezeptiven Konsumtion von Lehrstoff. Die wachsende Apathie der Studenten gegenüber einer konservativ-phraseologischen oder modernistisch-statistischen Pädagogik beantworten die Ordinarien-Bürokratien mit der faktischen Beseitigung der Lernfreiheit (und somit auch der Lehrfreiheit) durch ein scholastisch ausgeklügeltes System obligatorischer Lehrveranstaltungen.

So hat ein Student, der die Lehrerprüfung ablegen will, in den sechs ihm zur Verfügung stehenden Semestern außer zweier Proseminare, einem Hauptseminar und zweier didaktischer Fachseminare noch je drei sportliche und sogenannte musische Übungen zu absolvieren, in denen er mit Beschäftigungen seine Zeit totschlagen muß, die ergraute Professoren für „kindgemäß" halten.

Der wissenschaftliche Sinn von zeitraubenden Hospitationen und sechs Wochen Sozialhelferdienst für Erstsemester ist unerfindlich, die akademischen Olympier aber scheinen diesen einsamen Beschluß für besonders geglückt zu halten. Besonders eifrige Studienreformer wollen jetzt noch ein vierwöchiges Praktikum einführen. – Zu dieser pädagogischen Hälfte des Studiums kommen dann die obligatorischen Übungen des jeweiligen Wahlfaches hinzu, die normalerweise einen größeren Arbeitsaufwand erfordern als die pädagogischen Disziplinen.

Wo bleibt die Wissenschaft?

Der durchschnittliche Student kann diese obligatorischen Wucherungen nur in seinen Studiengang hineinstopfen, wenn er zwei Semester anhängt. Proportional steigender Verschulung fällt das theoretische Niveau rapide. Der Erwartungsanspruch ist niedrig; wer Pädagogik studiert, wird für minderbegabt gehalten oder hält sich selbst dafür, betrachtet die Universität als höhere Berufsschule und sucht den schnellsten Abschluß oder er scheut die Anstrengung des Begriffs. Die universitäre Pädagogik ist dann auch danach. So kann in einer Hauptvorlesung über die „Theorie der Schule" der Professor erklären, Theorie käme vom griechischen theoria, das sei das Anschauen, und folglich sei nur jenes Theorie, das nach dem schaut, was ist. Solcher Schwachsinn kann als wissenschaftlicher Begriff sich gerieren, ohne daß homerisches Gelächter die Fundamente der Universität erschütterte.

Peter Schneider

Wir haben Fehler gemacht!

Auf einer Vollversammlung aller Fakultäten der Freien Universität Berlin wurde von Peter Schneider, Germanistikstudent und freier Schriftsteller, folgender ‚Prolog zum sit-in' vorgetragen, zu dem es dann allerdings nicht kam. Schneider artikuliert in einer faszinierenden Form das, was landläufig unter ‚studentischem Unbehagen' kursiert. Man gerät ins Staunen. auditorium will dieses Staunen, dem ein Begreifen folgen sollte, seinen Lesern nicht vorenthalten. „Wir haben Fehler gemacht" von P. Schneider erschien im Berliner Voltaire Verlag, Flugschriften 10: Bernard Larsson, Demonstrationen. Ein Berliner Modell; hrsg. von Bernward Vesper-Triangel. DM 6.

Wir haben Fehler gemacht, wir legen ein volles Geständnis ab: Wir sind nachgiebig gewesen, wir sind anpassungsfähig gewesen, wir sind nicht radikal gewesen. Wir haben uns um die Immatrikulation beworben, wir haben die Immatrikulationsbestimmungen gelesen, wir haben uns den Immatrikulationsbestimmungen unterworfen. Wir haben Formulare ausgefüllt, die auszufüllen eine Zumutung war. Wir haben über unsere Religionszugehörigkeit Auskunft gegeben, obwohl wir keiner Religion zugehörten. Wir haben unseren besten Anzug angezogen, wir sind zur Immatrikulationsfeier gegangen. Wir haben uns zur Feier des Augenblicks von unseren Plätzen erhoben, obwohl uns die Feierlichkeit des Augenblicks nicht bewußt geworden ist. Wir sind, als wir unsere Professoren in langen Talaren und schwarzen Käppis erblickten, nicht in ein nichtendenwollendes Gelächter ausgebrochen. Wir haben uns wieder hingesetzt, als wir uns wieder hinsetzen durften. Wir haben die Worte der Redner in uns aufgenommen, wir haben ab und zu die Augen geschlossen, wir haben uns jedesmal entschließen müssen, bevor wir gehustet haben, wird sind nicht weiter aufgefallen, wir sind liebe Kommilitonen gewesen. Wir haben uns des Vorzugs, ein akademischer Bürger zu sein, versichern lassen, bevor wir das als einen Vorzug empfanden. Wir haben eine Gemeinschaft von Lernenden und Lehrenden gebildet, obwohl diese Gemeinschaft erst noch zu bilden war. Wir haben den Immatrikulationstee getrunken, wir haben unser Studium begonnen, wir haben die Pflichtvorlesungen belegt, wir sind nicht in den SDS eingetreten. Wir haben uns ein Semester lang mit der Frage beschäftigt, warum die Goten das t hauchten, und wir haben über einen Franzosen des neunzehnten Jahrhunderts gearbeitet, der seinerseits über einen Römer des zweiten Jahrhunderts gearbeitet hatte. Wir haben mit dieser Arbeit keinen Erfolg gehabt, denn wir haben die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der Franzosen des neunzehnten Jahrhunderts, die über einen Römer des zweiten Jahrhunderts gearbeitet haben, nicht genügend berücksichtigt. Wir sind deprimiert gewesen, wir haben uns zu Recht kritisiert gefühlt, wir haben es das nächste Mal besser gemacht. Wir haben Seminararbeiten gemacht, die zu machen reine Zeitverschwendung war. Wir haben Seminarsitzungen protokolliert, die nicht zu protokollieren, sondern nur zu kritisieren waren. Wir haben Tatsachen auswendig gelernt, aus denen nicht das mindeste zu lernen war. Wir haben Prüfungen vorbereitet, die nur der Prüfung des Gehorsams dienten. Wir sind nervös geworden, wir sind unlustig geworden, wir sind immer schwieriger geworden, wir litten an mangelnder Konzentration, wir konnten nicht einschlafen, wir konnten nicht beischlafen, wir haben uns einmal ausgesprochen. Wir haben uns sagen lassen, wir müßten erst mal mit uns selber fertig werden. Wir sind mit uns selber fertig geworden. Wir haben es dahin gebracht, jederzeit mindestens vier Zeitschriften der Goethezeit nennen zu können. Wir haben den Falkentraum der Kriemhilde im Schlaf gekonnt. Wir wußten, wer die Herausgeber der kritischen Ausgaben von C. F. Meyer waren. Aber wir haben uns nie mehr gefragt, was an diesen Ausgaben kritisch war. Wir haben zuviel Respekt vor dem Wissen unserer Professoren gehabt und zu wenig Neugier nach ihrer Meinung. Wir sind so verdammt immanent gewesen. Als wir den Prinzen von Homburg durchgenommen haben, da haben wir den Prin-

Das klassische Konzept

Vordringlichster Gegenstand pädagogischer Forschung und der daraus sich gestaltenden wissenschaftlichen Lehrerbildung hätte die Universität selbst und nicht die Methodik des Erstleseunterrichts zu sein. Denn die universitas litterarum ist seit altersher telos deutscher Bildungsgeschichte, aus dem die propädeutische Funktion von Schule sich deduziert.

> Suche Kleinkind zur Demonstration wissenschaftlicher Pädagogik im Hörsaal. Biete diesem Kind hochschulgemäßen Aufstieg bei voller Garantie für die Wahrung seiner kindlichen Mentalität.
>
> Angebote erbeten an
>
> Professor Dr. Dr. h. c. Patriarch

Anstatt mit der so notwendigen Hochschuldidaktik sich zu befassen, zieht die konservative Pädagogik es vor, über die Wurzeln des autonomen Volksschulgedankens zu räsonnieren. Doch erübrigt sich jede Polemik gegen die traditionsgeleitete Erziehungswissenschaft: die jüngste deutsche Bildungsgeschichte und -gegenwart hat ihre Theoreme bereits falsifiziert.

Basis einer wissenschaftlichen Lehrerbildung hätte ein achtsemestriges Vollstudium der Pädagogik im Medium aktueller Forschung und theoretischer Disziplin zu sein, um Bildung zu bewirken bei jenen, die einmal bilden sollen.

Dieses klassische Konzept der deutschen Universität wirkt heute geradezu revolutionär; die hierarchische Ordinarienuniversität kann auf diese Tradition sich nicht berufen, und so rechtfertigt sie sich selbst und das ständestaatliche Schulwesen ja auch mit Vorliebe aus den Sachzwängen geistloser Faktizität.

Universitäre Lehrerverbildung

Solche Hochschule tut alles andere, als autonome, zu wissenschaftlicher Kritik und Kritik der Wissenschaft befähigte, also gebildete Pädagogen hervorzubringen, sondern verhindert die Befreiung des Studenten aus seiner nicht selbst verschuldeten Unmündigkeit. Das autoritäre Studien-Reglement verfestigt die passivische Schülermentalität der Studienanfänger, indem sie ihr Rechnung trägt.

Trotzdem ist der Zweifel an diesem Studium und der Wissenschaftlichkeit des Faches allgemein, wenn auch unartikuliert und von subjektiven Schuldgefühlen verzerrt. Soll aber die Effizienz universitärer Lehrerbildung unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen erhöht werden, muß das System in wenigen Semestern zum akademischen Faschismus sich rationalisieren.

Es sei denn, wir erleben schon im nächsten Semester das studentische Wunder einer kritischen Gegenuniversität. Dann wäre noch Hoffnung für die deutsche Universität und ihre pädagogische Disziplin.

---

zen von Homburg durchgenommen. Als er verzweifelt war, weil er einen sinnlosen Befehl nicht befolgte, da haben wir uns nicht gefragt, wieso er deswegen verzweifelt war. Als er sich auf seinen Tod vorbereitete, da haben auch wir uns auf seinen Tod vorbereitet. Als er sich eine Augenbinde anlegen ließ, da haben auch wir uns eine Augenbinde anlegen lassen. Und als sich der Kurfürst mit ihm versöhnte, da waren auch wir versöhnt. Wir waren alles; wir waren groß und erhaben wie Schiller, wenn wir Schiller lasen, krank und ironisch wie Thomas Mann, wenn wir Thomas Mann lasen, universal und ein Glücksfall wie Goethe, wenn wir Goethe lasen. So haben wir zehn Jahre gebraucht, bis wir herausfanden, daß Goethe trotz allem ein lesenswerter Schriftsteller ist. Wir sind sachlich gewesen, wir sind gehorsam gewesen. Diejenigen, die mit Magnifizenz anzureden waren, haben wir mit Magnifizenz angeredet. Diejenigen, die mit Herr Professor anzureden waren, haben wir mit Herr Professor angeredet. Diejenigen, die mit Herr Doktor anzureden waren, haben wir mit Herr Doktor angeredet. Diejenigen, die mit Herr Prof. Doktor Doktor anzureden waren, haben wir mit Herr Prof. Doktor Doktor angeredet. Wir wollen es nie wieder tun. Wir haben die in uns gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht. Wir haben die Gesetze des Strafrechts auswendig gelernt, obwohl wir doch nicht an den Sinn der Bestrafung glauben. Wir haben die Gesetze der zweiten Lautverschiebung gelernt, während andere die Notstandsgesetze verabschiedeten. Wir haben uns zur Gotischprüfung gratulieren lassen, während unser Bundespräsident der südafrikanischen Regierung zu ihrer Rassenpolitik gratulierte. Wir haben an die Freiheit der Wissenschaft geglaubt, wie andere an die Freiheit Südvietnams glauben. Wir haben uns ein Doktorthema geben lassen, wir haben unsere Doktorarbeit gemacht, wir haben unserem Vater damit eine große Freude gemacht. Wir haben unserem Doktorvater für wert-

NEWS & CURIOSA

Ort und Zeit der Handlung: Geschäftsstelle der Phil. Fak., Montag, 9. Oktober 1967 — Jahr 2 der gr. prolet. Kulturrevolution.

Ein hiesiger SDSler in bescheidener blauer Schlosserjacke betritt den Raum; die anwesende Sekretärin verweist ihn sogleich an die defekte Heizung. Der Genosse erklärt, er wolle lediglich seine Dissertation einreichen: die Dame fühlt sich hochgenommen und wird böse. Der Prolet jedoch insistiert darauf, Doktor zu werden — Verlegenheit, Peinlichkeit: schließlich geht ein Licht auf. Die Verwaltung entschuldigt sich. Das proletarische Geistesprodukt wird entgegengenommen.

NEWS & CURIOSA

Angst vor dem Geist der Revolution herrscht nicht nur in Bolivien, wo das Beschriften von Häuserwänden mit 20 Jahren Zuchthaus geahndet wird: — eine hohe philosophische Fakultät hat nächtlich zivile Polizeistreifen und viel Farbe aufgeboten, um Manifestationen rebellischen Geistes vom Bauzaun vor dem Philosophenturm fernzuhalten; gegen einen jungen Dichter wird ermittelt wegen Aufforderung zur Sachbeschädigung mittels Lyrik.

NEWS & CURIOSA

Ein Sit-in mit Plakaten oder Sprechchören ist nicht als anmeldungspflichtige Demonstration anzusehen. Diese Entscheidung fällte das Amtsgericht Karlsruhe anläßlich einer Demonstration gegen die Anwesenheit von Bundespräsident Lübke.

Eine Gruppe von Demonstranten hatte sich zu einem Sitzstreik niedergelassen und war von der Polizei aufs Polizeipräsidium geschleppt worden. Das Gericht rügte die Maßnahme der Ordnungshüter, da die Sit-in-Demonstration weder den öffentlichen Verkehr noch die öffentliche Ordnung gestört hatte.

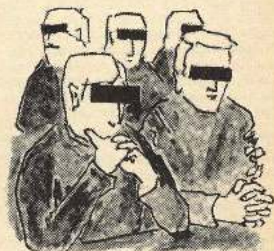
NEWS & CURIOSA

Am 20. November 1967 startet der AKFF (Arbeitskreis Film und Fernsehen) in Zusammenarbeit mit Film Makers Coop. New York, eine Reihe „New American Cinema". Geplant sind 14 Veranstaltungen.

NEWS & CURIOSA

Die AStAs der westdeutschen und Westberliner Hochschulen haben ein „Manifest der Hochschulen zur Notstandsfrage" verabschiedet, das sich gegen jede Manipulation des Grundgesetzes wendet. Das Manifest wird im November an den Hochschulen zur Unterschrift ausgelegt. Gleiches bereitet die AUSS (Sozialistische Schülervereinigung) vor.

volle Anregungen gedankt, auch wenn diese Anregungen nicht wertvoll waren. Wir haben unsere Doktorarbeit mit summa cum laude gemacht, obwohl dabei nur unsere Gelehrigkeit gelobt worden ist. Wir haben uns eine sichere Existenzgrundlage geschaffen, obwohl diese Grundlage nichts weiter als sicher war. Natürlich waren wir nicht glücklich dabei, natürlich hatten wir ein schlechtes Gewissen dabei, aber wir haben ja nichts geändert, wir waren ja von unserem Studium lediglich enttäuscht. Haben wir zum Beispiel jemals gesagt, daß wir Heidegger für einen hochbegabten Waldschratt halten? Das haben wir nicht getan. Wie also konnten wir erwarten, durch diesen Mann nicht länger auf Holzwege geführt zu werden. Haben wir in unseren Prüfungen und Seminaren jemals etwas gesagt, was unserem Ärger nahekam? Das haben wir nicht getan. Da mußten wir schon darauf gefaßt sein, daß einer unserer geistreichsten Köpfe sich jetzt gegen eine Vorlesungsrezension mit einem Disziplinarverfahren verteidigt. Haben wir gesagt, wie wir uns eine Hauptseminarprüfung, ein Staatsexamen, ein deutsches Lesebuch vorstellen? Was haben wir also dagegen getan, daß wir unsere Universität als Rentner verlassen, und daß unsere Kinder schon an ihrem achten Geburtstag zu den Rolling Stones sagen: was für eine undifferenzierte Musik? Wir haben unsere Professoren im Stich gelassen, wir haben unsere Professoren nicht mitgerissen, nach zehn, nach zwanzig Semestern hatten unsere Professoren noch immer nichts von uns gelernt. So haben wir es zu Verwechslungen kommen lassen, zu denen wir es nicht hätten kommen lassen dürfen. Wir haben es dahin kommen lassen, daß unsere Professoren, statt gemeinsam mit uns den US-Vizepräsidenten Humphrey als Kriegsverbrecher zu denunzieren, uns deswegen als Verbrecher denunzierten. Wir haben es dahin kommen lassen, daß sie uns anläßlich eines Sit-ins, das sich ausdrücklich gegen die unerträgliche Ruhe und Ordnung an dieser Universität richtete, mit einem Hinweis auf Ruhe und Ordnung zu Ruhe und Ordnung zu bringen versuchten. Wir haben es dahin kommen lassen, daß einer unserer seltenen Spezialisten auf dem Gebiet des Marxismus unsere Aktionen mit denen des Faschismus verwechselt hat, was doch wirklich eine wissenschaftliche Fehlleistung ist. Wir haben uns da offenbar nicht klar genug ausgedrückt, wir wollen uns jetzt klar ausdrücken. Es geht tatsächlich um die Abschaffung von Ruhe und Ordnung, es geht um undemokratisches Verhalten, es geht darum, endlich nicht mehr sachlich zu sein. Wir haben in aller Sachlichkeit über den Krieg in Vietnam informiert, obwohl wir erlebt haben, daß wir die unvorstellbarsten Einzelheiten über die amerikanische Politik in Vietnam zitieren können, ohne daß die Phantasie unserer Nachbarn in Gang gekommen wäre, aber daß wir nur einen Rasen betreten brauchen, dessen Betreten verboten ist, um ehrliches, allgemeines und nachhaltiges Grauen zu erregen. Wir haben vollkommen demokratisch gegen die Notstandsgesetze demonstriert, obwohl wir gesehen haben, daß wir sämtliche Ränge des Zivildienstes aufzählen können, ohne irgendeine Erinnerung wachzurufen, aber daß wir nur die polizeilich vorgeschriebene Marschrichtung zu ändern brauchen, um den Oberbürgermeister und die Bevölkerung aus den Betten zu holen. Wir haben ruhig und ordentlich eine Universitätsreform gefordert, obwohl wir herausgefunden haben, daß wir gegen die Universitätsverfassung reden können, soviel und solange wir wollen, ohne daß sich ein Aktendeckel hebt, aber daß wir nur gegen die baupolizeilichen Vorschriften zu verstoßen brauchen, um den ganzen Universitätsaufbau ins Wanken zu bringen. Da sind wir auf den Gedanken gekommen, daß wir erst den Rasen zerstören müssen, bevor wir die Lügen über Vietnam zerstören können, daß wir erst die Marschrichtung ändern müssen, bevor wir etwas an den Notstandsgesetzen ändern können, daß wir erst die Hausordnung brechen müssen, bevor wir die Universitätsordnung brechen können. Da haben wir den Einfall gehabt, daß das Betretungsverbot des Rasens, das Änderungsverbot der Marschrichtung, das Veranstaltungsverbot der Polizei genau die Verbote sind, mit denen die Herrschenden dafür sorgen, daß die Empörung über die Verbrechen in Vietnam, über die Notstandspsychose, über die vergreiste Universitätsverfassung schön ruhig und wirkungslos bleibt. Da haben wir gemerkt, daß sich in solchen Verboten die kriminelle Gleichgültigkeit einer ganzen Nation austobt. Da haben wir es endlich gefressen, daß wir gegen den Magnifizenzwahn und die akademischen Sondergerichte, gegen Prüfungen, in denen man nur das Fürchten, gegen Seminare, in denen man nur das Nachschlagen lernt, gegen Ausbildungspläne, die uns systematisch verbilden, gegen Sachlichkeit, die nichts weiter als Müdigkeit bedeutet, gegen die Verketzerung jeder Emotion, aus der die Herrschenden das Recht ableiten, über die Folterungen in Vietnam mit der gleichen Ruhe wie über das Wetter reden zu dürfen, gegen demokratisches Verhalten, das dazu dient, die Demokratie nicht aufkommen zu lassen, gegen Ruhe und Ordnung, in der die Unterdrücker sich ausruhen, gegen verlogene Rationalität und wohlweisliche Gefühlsarmut, — daß wir gegen den ganzen alten Plunder am sachlichsten argumentieren, wenn wir aufhören zu argumentieren, und uns hier in den Hausflur auf den Fußboden setzen. Das wollen wir jetzt tun.



Kulturpessimismus und Terrorfriede

Sven G. Papcke

(atque ubi solitudinem faciunt, pacem appellant.
Tacitus, Agricolae cap 30)

Gegenstand dieser Analyse ist das Friedensmodell Georg Pichts, Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Kirche und Professor für Religionsphilosophie in Heidelberg (1), der neben C. F. v. Weizsäcker – noch hinreichend distanziert – den Sockel bundesdeutscher Aufmerksamkeit auch für seine Ausführungen über den Frieden erklomm.

Pessimismus und Gewalt

Pichts Weltbild wird von einem abgrundtiefen Kulturpessimismus durchhaucht. Seit mit Descartes der Mensch zum „maître et possesseur de la nature" avancierte, seit zumindest in der naturwissenschaftlichen Methodik sich das Denken aller Scholasmen entledigte und im Laufe der Zeit in ein aggressives Verhalten zu sich und seinen gesellschaftlichen Einrichtungen trat, seither also, so erfahren wir, habe das Denken in seiner Freisetzung auch die Freiheit verloren. Für Picht führt das nach-cartesianische Denken zu einer widernatürlichen Versachlichung des Geistes. Was folgert Picht aus dieser Ansicht? „Die Wesensentfaltung, die wir der Naturwissenschaft verdanken, (wird) von einem Wesensverlust begleitet; der Mensch droht . . . zum Funktionär, zum technischen Tier zu werden" (2).

Für Picht verkleckert die Geschichte des Denkens nach Descartes die humane Substanz, so daß schließlich der Produzent der Geschichte zum Produkt, seine vermeintliche Freiheit aber Unfreiheit wird. Weil der Verfasser bei solcher historischen Sicht zur Ursache verdammt, was Wirkung ist, mündet bei Picht diese Entwicklung in einem Fatalismus, der unter der Hand zur allseitigen moralischen und politischen Aporie aufbläht.

In dieser Betrachtung der Neuzeit wurzelt auch Pichts ambivalente Anerkenntnis der erzwungenen politischen Positivität moderner technischer Errungenschaften. Er betont, daß die Drohung der bestehenden Waffensysteme selbst ihre Eindämmung erzwinge, daß also die Freiheit im heutigen Abschreckungs-Frieden kein Entschluß zum Frieden, sondern Folge eines Ausnahmezustandes ist. Da Picht, im Schatten seiner pessimistischen Ideologie, nicht an eine willentliche Revision des hierbei doch offen an den Tag tretenden „moral lag" glauben kann, muß er den Notstand einer durch die Gewalt erzwungenen Friedfertigkeit als technisches Optimum der Politik überhaupt begrüßen. Jetzt sichert plötzlich „das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit" (3).

Totale Unfreiheit

Schon hier wird transparent: daß Picht weder einen Begriff der gewollten Freiheit noch eine Vorstellung eines solidarischen Friedens vertritt. Sein spekulativer politischer Freiheitsbegriff etwa, das zeigt sich bald, besteht in einer leer-liberalen „Freiheit zur Freiheit", die als intellektuelle Neckerei heute überhaupt nur noch in den saturierten Industrienationen nachfühlbar ist. Da aber ja die „Kategorie des Absoluten" einer politischen „Kategorie des Totalen" (4) weichen mußte, wird bei Picht notgedrungen jeder Winkel der Gegenwart – deren alles verzeihendes Adjektiv ihre „Technizität" ist – schicksalhaft unfrei! „Eine moderne Fabrik", erläutert der Autor, „und ein kommunistisches Staatswesen, mögen sich in ihren äußeren Formen unterscheiden; im Wesen sind sie das gleiche. Sie (wollen) . . . den Menschen in den Horizont der Objektivität zwingen" (5). Deswegen deklamiert Picht: „Die wirkliche Gegenwart ist (eigentlich) . . . unzeitgemäß" (6).

Ohngeachtet der epochalen Versuche des Sozialismus, gerade diesem Sachzwang eines neuzeitlichen „Bündnis von Wissenschaft und Kapitalismus" (7) zu entgehen, hält Picht alle Freiheitsrealisationen der Neuzeit für unmöglich. Da sich der Mensch auch durch bewußte Planung und Entmachtung untergründiger Determinanten des bisherigen politischen Verhaltens nicht von diesen Sachgesetzen absentieren kann, werden gerade alle konkreten Befreiungsschritte: Ausdruck des technizistischen Fatums der Gegenwart. In dieser „technischen Welt", die nun endlos der menschlichen Freiheit – zur Schaffung von politischer Freiheit – verschlossen wurde, weil die Technik, die sie beherrscht, eigene Denk- und Verhaltensweisen produziert, in dieser Welt führt kein Weg zur befreienden Freiheit zurück. Gerade die praktischen Versuche einer Vermenschlichung der Geschichte, wie sie die Französische Revolution oder der Sozialismus unternahmen, erscheinen bei Picht als besonders „unheimliche Übersetzungen in der Praxis" (8) eines technologischen Denkens, das nun auch noch die Formen gesellschaftlicher Assoziationen mechanisieren will. Picht erscheint die „revolutionäre Praxis" des Marxismus etwa als eine „blinde, nicht aufgeklärte Utopie" (9), weil sie auf die „Utopie der klassenlosen Gesellschaft" abzielt, die doch keine „realisierbaren Möglichkeiten" enthält (10).

Picht kann jetzt artikulieren: „Die technische Welt ist ein Produkt des Kapitalismus . . ., gleichgültig ob er in der Form des Privatkapitalismus oder des Staatskapitalismus (sprich Kommunismus, SGP) auftritt" (11). Man sieht: auf dem Boden einer undifferenzierten Ablehnung der Moderne mündet der politische Skeptizismus Pichts in einer totalen Verwerfung aller erstellten Alternativen.

Protracted Conflict

Immer bedingt aber eine umfassende Kulturkritik gleichzeitig die Hinnahme der eigenen politischen „in-group". Weil keine Behebung der Negativität der Gegenwart möglich ist, bemängelt Picht zwar dauernd ihre Auswirkung, etwa die „hemmungslose Ausbeutung der Menschen" (12). Diese Klage wird aber nicht durchgehalten, sie wird nach und nach auf politische „out-groups" eingeschränkt. Das Gesamtpanorama der Ablehnung verschwimmt, es gibt plötzlich doch weiße und schwarze Flecken auf der Weste der Gegenwart, die eigene Sozietät, die einen ernährt, erfordert Zugeständnisse. In der Wüste des Heute erblühen auf einmal kapitalistisch-westliche Staaten, die doch „freier" sind als ihre weltpolitischen Antagonisten.

Pichts Übereinstimmung mit dem So-bestehenden beginnt in einer Hymne auf die Bundesrepublik. Hier findet sich ein Eiland im Meer der tränenreichen Gegenwart, als „Rechtsstaat" entzieht sich diese Gesellschaft scheinbar den Automatismen des Kapitalismus. Von hier verlaufen seine Argumente direkt zur politischen Legitimation von Gewalt. Für den Autor rechtfertigt diese Rechtsstaatsideologie eine atomare Bewaffnung der Bundesrepublik, weil „das Bekenntnis zum Rechtsstaat . . . in sich den Widerspruch gegen die Eingliederung in das System des Kommunismus enthält" (13). Nicht nur hier wird dann auch völlig selbstverständlich die Chimäre einer kommunistischen Weltverschwörung à Dr. Mabuse übernommen. Man wende diese Leerformel: und schon ist, wie die Geschichte zeigt, die Ideologie eines westlich-globalen Interventionsrechtes, wie es heute in Vietnam exekutiert wird, eine „legitime" Konsequenz.

Nicht nur bei Picht gewinnt nun diese Ansicht eine psychologische Brisanz, weil sie den Gegner allein durch die eigene Brille katalogisiert, ihm alle Wandlungsfähigkeit abspricht. In einer catonischen Steigerung ballt sich dies Denken dann zu politischen Phantasien, in denen ein ewiger Krieg, dessen konkrete und änderbare Gründe an sich in sozialer Unfreiheit wurzeln, Schicksal wird. Wohin führt diese Argumentation? Die angenommene ewige Bedrohung begründet eine dauernde eigene Rüstung, die den ideologischen und materiellen Aufbau eines „warfare state" rationalisiert. In diesem Bild verwischen sich bald die tradierten Unterschiede zwischen Krieg und Frieden, Geschichte wird zum gesetzmäßigen Machtkampf. Dieser Titanenkampf, der dem Gegner angelastet wird, stützt sich geschickt auf eine fixierte Militanz des Feindes, die wiederum zur Ratio der eigenen Politik wird. Weil dies politische Schema interessenverhaftet ist, wird auch jeder Falsifikationsversuch des Opponenten (Koexistenz) als Täuschung entlarvt. Der Mangel an empirischer Substanz, der dieses Bild kennzeichnet, erklärt die ungehemmte Ausbildung von Drohneurosen, die inzwischen eine eminente Rolle für die Reproduktion der eigenen Gesellschaft spielen. So bleibt für den Verfasser der „Dienst am Vaterland" (14) unentbehrlich, obschon der Soldat den Krieg verhindern soll. „Soldaten (sind) unentbehrlich, denn der Frieden beruht auf dem Gleichgewicht des Schreckens" (15)! Die Politik einer kriegerischen Kriegsverhinderung – wird bei Picht

höchste Möglichkeit des Friedens, denn Störungen dieses „Gleichgewichts der Abschreckung (würden) den Atomkrieg nur noch wahrscheinlicher machen" (16). Hier geht der Politik endgültig ein unmilitärischer Friedensbegriff verloren. Dieser Friede löst sich auch von dem hilflosen Moralismus der traditionellen Pazifisten. Der „neue Pazifismus" der „balance of horror" flektiert letztlich nur auf eine Verhinderung des „großen Krieges", weil dieser auch die Fundamente der eigenen Herrschaft vernichten könnte. Wirklich: „Der Krieg ist derart sinnlos geworden, daß selbst der enragierteste Militarist (heute) den Krieg nicht mehr bejahen kann" (17).

Gewaltfrieden

Da sich aber heute „der Krieg (selbst) aufhebt" (18), muß der militärische Friede auf atomarer Ebene geplant werden. Weltpolitisch erfordert die militärische Notwendigkeit eines militärischen Friedens eine „Planung der Planung", also eine Politik des Miteinanders der bestimmenden Großmächte, die eben aus ihrem Machtpatt — zumindest im gemeinsamen Vorfeld — Frieden machen sollen. Betrachtet man die Planungsmodalitäten, die Picht entwickelt, erhält der Satz: „Planender Praxis . . . ist es aufgegeben, die Bedingungen ihrer eigenen Möglichkeit (zu) produzieren" (19), jetzt einen eindeutig faschistischen Hintergrund.

„Die technische Welt ist eine Welt der grausam begrenzten Möglichkeiten" (20). Bei Fortführung der gegenwärtigen politischen Verhaltensweisen werden in den „nächsten zwanzig Jahren durch Hunger mehr Menschen umkommen als durch sämtliche Kriege der bisherigen Weltgeschichte" (21). Angesichts einer derartigen Akkumulation des Elends, durch die „die Not des Frühkapitalismus (zur) Idylle" wird (22), wäre für Picht die letzte Möglichkeit gekommen, diesen Zustand als Folge einer anachronistischen Gesellschaftsform der Dritten Welt zu

orten, die nur durch befreiende Gewalt zu beseitigen wäre. Verhindert aber nicht auch die weiterhin ausbeutende Politik der industrialisierten Welt eine akzelerierte Entwicklung dieser Länder? Und desavouiert nicht diese Politik rückwirkend die politische Struktur der westlichen Nationen?

Für Picht kann es aber keine tätige Form der sozialen Besserung geben, für ihn stellen sich diese Fragen nicht. Deswegen verdammt er die Dritte Welt zum Macht- qua Planungsobjekt der Industrienationen. Wie soll diese Planung aussehen? Wir sprachen davon, daß Picht im Druckkessel der Weltpolitik militärischen Frieden als unabdingbar ansah. Dieser „Friede" wird, untersucht man seine politische Struktur, nicht mehr als Leistung politischer Gerechtigkeit, also als Entspannung sozialer Friktionen, sondern als weltweite gewaltsame Zementierung dieses globalen Druckkessels fixiert. Der Entwurf einer politischen Stabilisierung bringt es nun mit sich, daß die Vorherrschaft der Industrienationen erhalten bleiben muß, denn wer sollte sonst für „Ordnung" sorgen? „Die gigantischen technischen Leistungen, die erforderlich sind, um die Welt vor planetarischen Katastrophen zu bewahren, setzen voraus, daß jene monopolistische Konzentration der Produktionsmittel . . . (in) den hochentwickelten Ländern . . . nicht abgebaut, sondern vielmehr gesteigert werden muß" (23). Das aber heißt: „Der Abstand zwischen dem Reichtum einer kleinen Zahl von Völkern und dem Elend des größten Teiles der Menschheit" (24), und darüber spricht Picht völlig unbefangen, „vergrößert sich". Wirft diese Planung damit nicht Zunder in die Flammen? Denn um sich von diesem äußeren Druck zu befreien, werden die Völker revoltieren. In einem circulus vitiosus würde wiederum das Equilibrium der Weltpolitik gestört. Professor Picht gibt sich optimistisch; denn würde nicht schon heute weltweit „Unfriede" herrschen, „wären nicht die Machtmittel in den Händen der Reichen so furchtbar, daß sie . . . die schlimmsten Explosionen ersticken" (25)? Im weltweiten Polizeigriff scheint der Friede relativ sicher.

In einer Verkennung von Ursache und Wirkung betont Picht: „Der Friede wird durch die Dynamik des Hungers . . . und der nationalen Emanzipationsbewegungen erschüttert (26)." Weil nur „die Potenzierung aller technischen Mittel . . . den nackten Bestand der Menschheit . . . erhalten kann" (27), sind die Industrienationen laut Picht gezwungen, einen „Frieden des Schreckens" (28) aufzurichten. „Nur ständige Gewaltandrohung kann die hungernden Völker an Verzweiflungsakten hindern. . . . Auf absehbare Zeit", so lautet der Zentralsatz der Picht'schen Friedensidylle, „wird in der technischen Welt der Friede nur durch Terror und durch die Übermacht der privilegierten Nationen zu erhalten sein" (29).

Zur Sicherung des „Friedens" der Reichen konzipiert Picht einen faschistischen Friedensplan, der durch den Ausnahmezustand einer technischen Desintegration der Weltpolitik legitimiert werden soll, obzwar dieser Terror die Notwendigkeit des Ausnahmezustandes perpetuiert. Denn gleichzeitig erläutert Picht, daß eine geplante Lösung der Probleme der Dritten Welt durchaus nicht sicher ist, weil die Komplizenschaft zwischen den Industriemächten äußerst prekär sei. Vorerst habe sich sogar der Diadochenkampf ihrer Interessen „auf das Feld der . . . hungernden Nationen" verlagert. Im Rahmen einer Ansprache der Macht als einzig möglicher Observanz politischer Seinsweisen – kann Picht eben nicht erkennen, daß dieser „Konkurrenzkampf" in der Dritten Welt lange ein Spiegelbild des epochalen Wettkampfes zwischen Terror und Befreiung ist.

Anmerkungen

(1) Verwendung fanden die folgenden Schriften Pichts:
I: Bildung und Naturwissenschaft (in der Schriftenreihe „Weltbild und Erziehung", Nr. 3, Werkbund Verlag, Würzburg 1953)
II: Die Erfahrung der Geschichte (Frankfurt am Main 1958)
III: Technik und Überlieferung (Hamburg 1959)
IV: Einführung zu: Studien zur Politischen und Gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr (Witten/Berlin 1965)
V: Prognose, Utopie, Planung. Die Situation des Menschen in der Zukunft der technischen Welt, (Stuttgart 1967)

(2) a.a.O. 33 f
(3) IV, 12
(4) II, 30
(5) I, 114
(6) III, 5
(7) V, 36
(8) III, 21
(9) V, 39
(10) a.a.O.
(11) V, 46
(12) a.a.O.
(13) IV, 13
(14) a.a.O., 21
(15) a.a.O., 16
(16) a.a.O., 17
(17) a.a.O., 21
(18) a.a.O., 20
(19) V, 60
(20) a.a.O., 40
(21) a.a.O., 43
(22) a.a.O.
(23) a.a.O.
(24) a.a.O.
(25) a.a.O.
(26) a.a.O., 44
(27) a.a.O., 45
(28) a.a.O.
(29) a.a.O., 43 f





Karin Huffzky

Hier weht ein anderer Herbstwind als anderswo

Bericht aus Berlin

Ein Berliner Journalist machte eine Umfrage auf der Straße. Thema: „Was wissen Sie vom Herbstbeginn?" Derart herausgefordert, antwortete ein Straßenpassant schlagfertig: „Nichts weiß ich darüber, ich bin nicht von hier."

Ans Überinterpretieren verinnerlichten Unsinns gewöhnt, ahnt die deutsche Seele hier doch Tiefsinn: Aha, hier weht ein anderer Herbstwind als anderswo!
Und der Semesterbeginn in Berlin scheint über das Neuimmatrikulieren, Belegen und Vorlesungsplanen hinaus andere Erwartungen aufkommen zu lassen als anderswo.

Der Pistolenschuß, der am 2. Juni in Berlin fiel, ist noch nicht verhallt. Der makabren Wirklichkeit entsprechend, war dieser Todesschuß gleichzeitig ein Startsignal dafür, aus verhaltener intellektueller Analyse dieser Teilstadt in praktische Aktionen überzugehen, spontan oder ferngezielt das vorbereitend, worin die studentische Mehrheit Westberlins ihre mögliche Verantwortung sieht.

Kritisch steht's um die KU

Alle kritischen Anstrengungen konzentrieren sich im Projekt der „Kritischen Universität". Binsenweis die Feststellung, daß es noch kritisch damit steht. Was fehlt, sind Geld und Räume.

Ein ermutigender Anfang zeichnet sich ab: Der Landesverband des LSD Berlin stellte seine Räume in Berlin-Kreuzberg bis auf weiteres für die Lehrenden und Lernenden der KU zur Verfügung.

Wer wer sein wird, ist noch nicht klar auszumachen. Der AStA der FU gab bisher noch keine Namen von Professoren an, die ihre Unterstützung für das neue Unternehmen inoffiziell zugesagt haben. Zu erwarten aber ist, daß sich in den Bänken der Lernenden auch Professoren zeigen werden.

Die einzelnen Seminare, Arbeitsgruppen, Kolloquien wurden inzwischen personell besetzt.

Wissen soll erarbeitet werden, das nicht „wertfrei" im Raume bleibt, sondern an den aktuellen politisch-soziologischen Zuständen exemplifiziert wird. Revolution in der Wissenschaft? Mitnichten, dafür gibt es außerhalb Westberlins und Westdeutschlands Vorbilder.

Revolutionär wäre die Genehmigung von Räumen innerhalb der FU gewesen.

Aber-Bürokratie

Was zu erwarten war: Aufgrund des akademischen Gutachtens der Berliner Professoren Borinski und Knauer lehnte der Akademische Senat der FU die Vergabe von Räumen ab. Grund für den 1. AStA-Vorsitzenden Häußermann, von seinem Posten zurückzutreten. Seine Begründung: Der studentische Einfluß auf institutionelle Wege ist gleich Null.

Und doch befürchten die Professoren Borinski und Knauer in ihrem 22 Seiten starken Gutachten von der „Neuen Linken" die Gefahr „der allgemeinen Umwälzung" und „ein einheitliches Konzept zur Politisierung, Umfunktionalisierung, Unterwanderung zunächst (!!) der Freien Universität ..." Die Berliner Morgenpost erkannte: „Die radikale Linke arbeitet nach Plan."

Kommt ein SDS-AStA?

Mit weit weniger Publizität ging das Ausscheiden zweier weiterer FU-AStA-Mitglieder gegen Ende der Semesterferien vor sich. Gründe dafür gibt's einstweilen nur gerüchteweise. Vermutlich wird sich der kommende AStA überwiegend aus SDS-Mitgliedern zusammensetzen.

Politisch nicht organisiert, aber aktiv im Hinblick auf Aktionen, Informations- und Aufklärungsarbeit ist der neue TU-AStA. Die beiden Vorsitzenden Dieter Lepple und Herbert Stahl (: „Dutschke ist ein klassischer Katalysator") versprechen sich durch ständige Aufklärungsarbeit und Flugblattaktionen eine baldige Politisierung auch der TU-Studenten.

Der Gründungsmonat

Juni 1967 war der hektische Gründungsmonat verschiedener Gremien und Arbeitsgemeinschaften:

- **Aktionskomitee für politische Arbeit (ApA)**

Ziel: Organisation von Veranstaltungen an der TU, wie die Vorführung der Dokumentationsfilme, die Journalisten und Privatleute während des Schah-Besuchs drehten.

- **Arbeitskreis der Berliner Hochschulen**

Ziel: Information, Aufklärung, Verteilen von Flugblättern.

Westberlin wurde nach einem bestimmten Schlüssel neu aufgeteilt, der die wirksamere Erreichbarkeit der Bevölkerung garantieren soll. — Die seit Mitte September durch Westdeutschland wandernde Fotoausstellung über Demonstrationen in Berlin ging aus diesem Arbeitskreis Berliner Hochschulen hervor.

- **Referat für Kommunikation** wurde im Juli als Organ des VDS gegründet, anläßlich der Landesversammlung des VDS in Berlin. Das Referat arbeitet koordinativ mit allen Hochschulen, dem Club ca ira (Berlin) und den Schülergemeinschaften USG und AUS. Über diesen Weg soll hier angeregte Informations- und Bildungsarbeit auch an westdeutsche Schulen und Universitäten gelangen.

- **Aktionskomitee für Öffentlichkeitsarbeit** (Komifö). Politisch noch ästhetisierend, aber publizistisch von energischem Eifer. Aus drei Studentenköpfen (Dirk Schneider, Peter Taube, Tobias Strunk) entstand das Exposé für

- **„A — eine kritische Zeitung"** — „Eine populäre Monatszeitschrift von Studenten, nicht für Studenten."

„A" will mit der ersten Nullnummer, 36 Seiten, mit 10 000 bis 20 000 Exemplaren Mitte Oktober auf dem Markt sein.
Preis 1 DM.

- Ebenfalls als ausdrückliches Gegengewicht gegen die manipulierte Meinungsbildung, aber in Inhalt und Titel noch geheim, ist die parallel zur „A" konzipierte Zeitschrift, an der Mitglieder der „Freunde der Publizistik" an der FU arbeiten. Federführung Detlev Funke. Erscheinungsdatum der ersten Nullnummer zum Preis von ca. 1 DM: Ende September. Umfang 48 Seiten. Anfangsauflage: 3000 bis 4000 Stück.

Und immer wieder Springer

„In manchen Kreisen gehört es zum guten Ton, sich von den Blättern des Hauses Springer zu distanzieren. Ich tue es nicht!" bekannte Franz Amrehn bei der ersten Debatte des Abgeordnetenhauses im September.

Kritische Universität

Die KU BERLIN trat Anfang Juli mit einem „provisorischen Verzeichnis der Studienveranstaltungen" an die Öffentlichkeit.

Die KU wurde in den Wochen nach dem 2. Juni von Studenten und Assistenten aller West-Berliner Hochschulen als freie Studienorganisation **innerhalb** der bestehenden Hoch- und Fachschulen gegründet. Sie soll auch interessierten Schülern, Arbeitern, Angestellten, Lehrern offenstehen.

Die KU setzt sich das Ziel, „unter ihren Mitgliedern und im öffentlichen Leben die politische Bildung und Betätigung zu fördern, die der Ausgestaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse durch die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse dienen", wie es bereits in der Satzung der Studentenschaft der FU niedergelegt wurde.

Die KU gestaltet durch die Verbindung von permanenter Hochschulkritik und praktischer Studienreform das Studium interessanter.

Die KU baut die Schizophrenie zwischen einem intellektuell uninteressanten Fachstudium und der „Freizeit" ab.

Die KU bereitet die Studenten auf die Praxis der Wissenschafts- und Gesellschaftspolitik in ihren künftigen Berufen vor.

Die KU wird auch in HAMBURG nach Berliner Muster vorbereitet.

BERLIN | HAMBURG

WIRTSCHAFT GESELLSCHAFT RECHT

BERLIN

„Kritik der reinen Ökonomie"
Seminar

„Politische Ökonomie des Alltagslebens"
Funktion und Sinn der Arbeitskraft

„Funktion der Intelligenz und der Wissenschaft im Vietnamkrieg und in der imperialistischen Entwicklungspolitik"
Arbeitsgruppen, Vorträge, Presseschauen, Dokumentationen

„Demokratisierung der Schule"
Situationsanalyse und Strategie

HAMBURG

„Revolution als progressive Gewalt"
Zur transbürgerlichen Theorie gesellschaftlichen Friedens

„Modelle kolonialer Revolutionen"

„Kritische Philosophie"
Gesellschaftsanalysen von Habermas und Marcuse

„Politische Aspekte von Psychologie und Pädagogik"

„Grundgesetz und Gesellschaftskritik"

„Kirche und Theologie in der sozialen Welt"

„Schulreform und Bildungswerbung"

MEDIZIN

„Arzt und Gesellschaft"
Bild und Selbstbild des Arztes

„Die deutsche Medizin von 1933–45"

„Psychosomatik"

NATURWISSENSCHAFTEN

„Die Ideologie der Naturwissenschaften in der Schule"

„Naturwissenschaften und Politik"

„Das Erbe-Umwelt-Problem"
Für Biologen, Psychologen, Pädagogen, Soziologen

SPRACHE UND LITERATUR

„Machtgeschützte Innerlichkeit und die Sprache des Terrors"
Themen u. a. Buchgemeinschaften, faschistische Subliteratur, Sprachmanipulationen der Springerpresse

„Verschüttete Aufklärung – der affirmative Charakter der gegenwärtigen Literaturwissenschaft"

„Die Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Literatur"
Kolloquium

Was das Nicht-Distanzieren von der Springerpresse, aber mit umgekehrten Vorzeichen anbetrifft, so befindet sich der CDU-Fraktionsvorsitzende in ungebetener Gesellschaft: Eine Reihe von Soziologen, Pädagogen, Schriftstellern, Politikwissenschaftlern und Juristen finden sich von Mitte Dezember bis Mitte Januar zu einem Tribunal zusammen, das die Springerblätter im Hinblick auf Pressekonzentration und Volksverhetzung analysieren und angemessen beurteilen wird.

Sitz des Büros zur Vorbereitung des Tribunals: 1 Berlin 30, Winterfeldstraße 56, Telefon 26 28 56. Leiter: Bernhard Blanke (ehem. Vorstandsmitglied im Republikanischen Club), Hans Joachim Hameister (Student, Gründer der Kommune I, die er als erster wieder verließ) und der Schriftsteller Peter Schneider.

Gemäß dem Ergebnis dieser Untersuchung werden Anti-Springer-Aktionen folgen.

Unabhängig von dieser Arbeitsgemeinschaft wird zu Semesterbeginn das voraussichtliche Go-in vor den Toren des Axel-Springer-Hochhauses in der Kochstraße veranstaltet. Damit soll die Auslieferung der Springer-Druckerzeugnisse verhindert werden. Solche Blockade soll dann die Möglichkeit geben, massenweise Extra-Blätter und aufklärerische Flugblätter unter die Bevölkerung zu bringen.

Schlagzeilen

Zweierlei, was im neuen Semester zu Protestaktionen und Schlagzeilen in der Tagespresse veranlassen wird:

- der Stand der Disziplinarverfahren an der FU und
- die erneute Inhaftierung Fritz Teufels.

Nach den vergeblichen Forderungen des Senators für Wissenschaft und Kunst, Stein, und des Rektors der FU, Lieber, für die aus Gewissensgründen aus dem Disziplinarausschuß zurückgetretenen studentischen Beisitzer neue Kandidaten zu finden, wurde während der Semesterferien (!) die ultimative Androhung verwirklicht: Ein pensionierter Staatsbeamter namens Brüll wird nun die Funktion der studentischen Beisitzer übernehmen und über die disziplinarische Ahndung der „angezeigten" 12 Studenten zu Gericht sitzen. (Anläßlich des Humphrey-Besuches wurde gegen 7 FU-Studenten ein Disziplinarverfahren eingeleitet, gegen weitere 5 nach dem Sit-in am 19. April.)

Fritz Teufel sitzt wieder ein im Untersuchungsgefängnis Moabit, Alt Moabit 12 A, ohne Bart (der sicherlich schon wieder sprießt) aber mit der Hoffnung auf Hilfe: Briefe schreiben, Bücher schicken.

Die auf ein Sonderkonto zu überweisenden Spenden dienen seiner Verteidigung. (Republikanische Klubgesellschaft, Depka 35, Berlin 12, Bismarckstraße 16, Konto-Nummer 44035 Berlin West).

Umfangreiches Material, das Fritz Teufel aller Vorwürfe enthebt, liegt vor. Dennoch bleibt die Anklage „Landfriedensbruch und Fluchtgefahr" bestehen.

Prognose für den Berliner Winter: Weiterhin steigende Temperaturen.

REZENSIONEN

Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch. 284 Seiten, Studienausgabe DM 18,–.
Luchterhand Verlag, Neuwied/Berlin 1967.

Er entwerfe Tendenzen und biete einige Hypothesen, nichts weiter (!), bemerkt Marcuse bescheiden im Vorwort seiner ‚Studien', die die Totalität einer zunehmend totalitär verfaßten Gesellschaft kaum noch auf ihren Begriff zu bringen vermögen. Darin klingt die offenbare Resignation an, angesichts der Komplexion der hochentwickelten industriellen Gesellschaft nicht mehr den Anspruch einlösen zu können, den kritische gegen traditionelle Theorie einst vorbrachte: den ‚Aufriß der Totale', umfassende gesamtgesellschaftliche Analyse leisten zu können; Theorie als ausgeführte der Gesellschaft scheint heute in die Partikel einzelner Studien sich aufzulösen.

Was bleibt, ist allerdings mehr als der ‚wolkige Totalitätsbegriff Adornos' (W.-D. Narr), ist der Versuch immerhin, eine Tendenz, allerdings die gesellschaftlich herrschende, zu bezeichnen und Möglichkeiten ihrer Überwindung vorzuschlagen. Als eindimensionale produziert die Gesellschaft ihr entmenschtes Subjekt, den um seine Entfremdung nicht mehr wissenden Menschen. Mit ihrem ungeheuren Produktivitätsfortschritt befördert die Gesellschaft auch einen neuen permanenten Widerspruch: „Ihre durchgreifende Rationalität, die Leistungsfähigkeit und Wachstum befördert, ist selbst irrational". Die um das Moment der Transzendenz verkürzte Rationalität wird eindimensional in dem Maße wie sie an Macht des negativen Denkens einbüßt. Das gegen seine Falschheit immune Bewußtsein ist machtlos gegen den Schein einer neuen Unmittelbarkeit, die Gesellschaft zur zweiten Natur entstellt.

Teil an dieser Entwicklung hat auch die wissenschaftliche Methode. Als operationelle verfügt sie die Auflösung substantieller Begriffe in eine Reihe von Operationen, deren instrumenteller Charakter den Horizont möglicher Erfahrung auf den Inhalt technischer Verfahren restringiert.

Allerdings scheint Marcuse streckenweise der Gefahr erlegen, den heuristischen Charakter seiner Thesen zu ontologisieren. Wenn die Verdinglichung total geworden sein sollte, dann bleibt der Vorwurf, sie sei Schein, seltsam abstrakt. Dann ist die Hoffnung auf die Opposition als ‚elementare Kraft', die ‚die Regeln des Spiels verletzt' und das System von außen (vom archimedischen Punkt?) trifft, gleichsam ideologisch.

Die von Marcuse entwickelten Hypothesen haben den täglichen Augenschein für sich: Ihr prognostischer Gehalt artikuliert eine ungeheure Bedrohung; den endgültig erzwungenen Verzicht auf Selbstbefreiung des Menschen. Dennoch: subjektive Evidenz reicht nicht aus, Marcuse vorschnell recht zu geben. Kritische Theorie muß gegen sich selbst kritisch bleiben, d. h. Hypothesen, sind sie einmal entwikkelt, harren der Überprüfung. Zweifel sind berechtigt an Marcuses Überlegungen, Zweifel, die nur eine ‚kritische Theorie der Gesellschaft' auszuräumen imstande wäre.

–ten

William W. Bartley: Flucht ins Engagement. Versuch einer Theorie des offenen Geistes. 256 Seiten. Leinen 22,50 DM. Szcesny Verlag München.

Bartley ist in Deutschland noch relativ unbekannt. Er ist Vertreter der analytischen Philosophie in ihrer Variante des kritischen Rationalismus und Schüler des an der London School of Economics (LSE) lehrenden Wissenschaftstheoretikers Karl Popper. Aus dieser Verbindung zu Popper folgt auch das aktuelle Interesse, das man dem Buch entgegenbringen sollte: über die eigentliche Thematik hinausgehend, die auf die Auseinandersetzung mit der modernen protestantischen Theologie (K. Barth, E. Brunner, R. Niebuhr und P. Tillich) konzentriert ist, versucht Bartley ein Konzept des Rationalismus zu entwickeln, das dem alles relativierenden ‚Auch-Du' widersteht. Kurz: er nimmt das durch den Relativismus und die Krise des Rationalismus neu begründete Problem von Glauben und Wissen wieder auf. Das tu-quoque-Argument, welches auf die letztlich doch irrationale Dezision aller folgenden auch noch so rationalen Argumente zielt, soll überwunden werden. Dazu bedarf es Bartley zufolge nur des Bruches mit der philosophischen Tradition: mit der Aufgabe des ‚Prinzips der zureichenden Begründung' als einer im europäischen Denken dominierenden Manifestationstheorie der Wahrheit sei das Problem gelöst. Anstelle dessen müsse jede Theorie, jedes rationale Argument sich der ständigen Kritik unterziehen. Jede Überzeugung müsse, um dem Einwand: „Auch Du mußt zu einem Engagement Zuflucht nehmen" zu entgehen, eine solche theoretische Struktur aufweisen, die der Kritik zugänglich ist. Daß hier der Pferdefuß steckt, wird deutlich. Bartleys Versuch, den Rationalismus positivistischer Observanz zu retten, hat normativen Charakter. Er präjudiziert ebenso die Struktur rationaler Theorien wie das, worauf sie sich beziehen sollen. Gehen Theorien darüber hinaus, so sind sie nach Bartley nicht rational, sondern metaphysisch. Das kann er präjudizieren, weil er die Begründungsproblematik an der entscheidenden Stelle abschneidet und Dezisionen selbst nicht mehr zu diskutieren braucht. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß er sie aus dem möglichen Prozeß ihrer Rationalisierung exkommuniziert. Dieses Denken sieht seine Rationalität a priori nur als eine des Verfahrens, das in der Korrespondenz von präjudizierter Realitätsstruktur und Anpassung der Theorie an diese sich erschöpft. Wissenschaft, die diesen ‚halbierten Rationalismus' mitmacht, und solcherlei normativ ‚rationalisiertes' Denken kommt gefährlich in die Nähe jenes Kriteriums erfolgskontrollierten Handelns, nach dem wahr ist, was ‚Erfolg' hat. Vernunft als dezidierte Vernunft, die immer schon die Entscheidung zur Vernünftigkeit impliziert, als einer umfassenden Rationalität also, kommt Bartley gar nicht erst in den Blick.

So gerät Bartleys Flucht nach vorn unter der Hand doch wieder ins Engagement; nur daß er sie sich außerdem noch aus dem diskutierenden Kopf schlägt.

Bei so viel Aufklärung, die gleichwohl wieder in Glauben an die Vernunft zurückschlägt, bleibt allerdings die Einsicht haften, daß man mit dem Wort vom ‚politischen Engagement' der Studenten vorsichtig umgehen sollte. Wie sagte doch Gollwitzer in Berlin? „Politisierung heißt, daß ein Individuum die öffentlichen Angelegenheiten zu seinen eigenen macht." Das aber ist Produkt einer dezidierten Vernunft, keines irrationaler Entscheidung.

–mer

Wolfgang Abendroth: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. 568 Seiten, Studienausgabe DM 32,–. Luchterhand Verlag, Neuwied/Berlin.

Nicht ein Lehrbuch, eher ein Kompendium der politischen Wissenschaft bildet die Sammlung anderenorts sämtlich bereits erschienener Aufsätze des Verfassungsrechtlers und Inhabers des Marburger Lehrstuhls für politische Wissenschaft Wolfgang Abendroth. Der Band ist in vier

Abschnitte gegliedert, die als „headlines" den gemeinsamen Buchtitel rechtfertigen mögen; doch bei der Lektüre geht der Augenschein dieses Zusammenhanges verloren. Ein Umstand, der Vorzug und Nachteil eines Kompendiums zugleich ausmacht: einmal aktualisiert jeder Aufsatz ein Teilproblem, das auf den dahinterstehenden Kontext einer durchgängig antagonistischen Gesellschaft zurückverweist. Doch lassen andererseits die notwendig analytischen Schnitte nicht die in kritischer Theorie postulierte „Konstruktion der Totale" zu, die eine ausgeführte Theorie der Gesellschaft zu leisten hätte. Politische Wissenschaft, die „die Bedingungen der Entstehung politischer Macht, ihrer Institutionen, ihrer Wirksamkeit und ihres Zerfalls" (S. 9) analysieren will, muß, da politisches Verhalten „eine spezifische Form sozialen Verhaltens" ist, notwendig als politische Soziologie betrieben werden.

Diese Interpretation der politischen Wissenschaft als einer Bindestrich-Soziologie, das muß nachdrücklich betont werden, kann potentiell zu einer Veränderung ihres Charakters beitragen; beschränkt sich doch politische Wissenschaft weitgehend — in Anlehnung an die formalisierten Modelle bürgerlicher Politökonomie — auf die Feststellungen von Gleichgewichtsbedingungen einer funktionalistisch umschriebenen Gesellschaft, in der Demokratie zur Methode, einem Katalog von Spielregeln zur Gestaltung des sozialen Verkehrs von faktisch Ungleichen degeneriert ist. Wenn Abendroth qua Wissenschaftler deutlich Partei ergreift, beweist er praktisch ein Wissenschaftsverständnis, das in den Sozialwissenschaften sich nie gegen den Positivismus auf breiter Basis hat durchsetzen können, zumal mit der Zurüstung der Gesellschaft auf schlechte Unmittelbarkeit es als eindimensionierte Totalität womöglich bald nur als Anachronismus belächelt wird.

Die mehr marginalen wissenschaftstheoretischen Überlegungen erweisen ihre Verbindlichkeit für den Autor vor dem Hintergrund einer — wie es scheint — doppelten Intention: es geht Abendroth einmal um den Nachweis der „Verschränkung sozialwissenschaftlicher und juristischer Begriffsbildung"; ein Beitrag über die rechtliche Stellung der Gewerkschaften gilt vorzüglich diesem Problem. Vor allem aber versucht der Autor in immer anderem Zugang die Gefahr zu artikulieren, daß „das Verfassungsrecht des Grundgesetzes weiter durch Bestimmungen verdrängt" wird, die darauf angelegt sind, „die soziale Demokratie der Verfassungsurkunde rechtstechnisch reibungsloser in eine autoritäre oder faschistische Staatsform umzuwandeln" (S. 176 f.).

Wer über der allgemeinen Harmoniedusele kritisch zu denken nicht verlernt hat, wird bei der eigenen Urteilsbildung auf Abendroth nicht verzichten können.

-ten

Régis Debray, Revolution in der Revolution?, München 1967, Trikont Verlag, 5,80 DM.

Régis Debray, 26, Philosophieprofessor in Havanna, systematisiert in diesem Buch die Erfahrungen der fidelistischen Revolution, die Che Guevara zur Zeit aus dem bolivianischen Dschungel heraus zur lateinamerikanischen Revolution entfaltet. Debrays philosophische Bedeutung ist bereits bestätigt: in Bolivien, wo er im April verhaftet wurde, soll ihm der Prozeß wegen geistiger Vorbereitung der Revolution gemacht werden.

Alle „importierte politische Schemata" wie „Die Konzeptionen der Selbstverteidigung, der bewaffneten Propaganda, der Guerillabasen und . . . der Unterordnung der Guerilla unter die Partei" (24) widerlegt Debray für die Bedingungen Lateinamerikas, die denen Westeuropas verblüffend ähneln, stringent.

Maos Satz, wonach stets die Partei die Gewehre kommandieren müsse, gilt nicht mehr. In der fidelistischen Revolution kommt nicht nur alle politische Macht aus den Gewehrläufen, sondern auch die Partei selbst. Fidel Castro hat die Überflüssigkeit der Propaganda demonstriert und sie durch exakte Information ersetzt. Die Revolutionäre zu revolutionieren ist erste und schwierigste Aufgabe. Nur im Kampf, bei hoher Mobilität und permanenter Offensive bildet sich proletarische Mentalität, kann eigenständige revolutionäre Kampf- und Lebensweise gelernt werden. Jeder Kompromiß wäre tödlich. „Je schwächer der revolutionäre Kern ist, um so mehr muß er sich vor Bündnissen hüten" (88).

Die fidelistische Guerilla beginnt ohne Massenbasis; sie wendet die modernen Waffen der Unterdrückung gegen diese selbst, ohne der Logik der Gewalt sich zu beugen; der revolutionäre Gegenterror ist hochselektiv; er offenbart die Zweischneidigkeit repressiver Technik. Daher ist es „das erste Ziel einer Guerilla, die Waffen des Feindes zu erobern" (94). Es geht darum, „Mut durch eine andere Form des Mutes" zu ersetzen, „vom Kämpfer neue Handlungsweisen, von seinem Nervensystem neue Reflexe zu verlangen". (109) — Die Revolution ist auch physiologisch.

—rdjo



FELIX POLLAK

Epilog des toten Helden

**Ich wollte nicht gehen.
Sie zogen mich ein.**

**Ich wollte nicht sterben.
Sie schimpften mich feige.**

**Ich wollte davonlaufen.
Sie stellten mich vors Kriegsgericht.**

**Ich schoß nicht.
Sie sagten, ich habe keinen Mumm.**

**Sie befahlen Sturmangriff.
Ein Schrapnell zerfetzte mein Gedärm.**

**Ich schrie in Pein.
Sie brachten mich in Sicherheit.**

**In Sicherheit starb ich.
Sie stießen ins Horn.**

**Sie strichen meinen Namen aus,
verscharrten mich unter einem Kreuz.**

**Sie hielten in meiner Heimat eine Rede.
Ich konnte sie nicht Lügner schimpfen.**

**Sie sagten, ich gab mein Leben.
Ich hatte gerungen, es zu behalten.**

**Sie sagten, ich war ein Vorbild.
Ich hatte versucht, davonzulaufen.**

**Sie sagten, sie seien stolz auf mich.
Ich hatte mich ihrer geschämt.**

**Sie sagten, auch meine Mutter sollte stolz sein.
Meine Mutter weinte.**

**Ich wollte leben.
Sie schimpften mich Feigling.**

**Ich starb ein Feigling.
Sie nannten mich Held.**